

Tagebuch 1950

Säuberungen in der LDP

Mittwoch, den 4. Januar 1950

Gestern das fünfte Gespräch mit der NKWD, wieder in den Räumen der Sowjetischen Kontrollkommission in der Berliner Straße. Diesmal hatten sie die milde Tour: nur eine Stunde lang Fragen, aber keine Aufforderung zu Spitzeldiensten. Hauptthema: die Vorfälle in der Landtagsfraktion. Sie wollten wissen, ob die beschuldigten Parteifreunde „Schwennicke-Agenten“ seien. Meine Antwort: nein. Priefert sei nur verärgert über seine Entlassung als Schulleiter gewesen, Hein ein cholerisch veranlagter Mensch, der gelegentlich zu unbedachten Äußerungen neige. Frau Orthmann sei weder östlich noch westlich eingestellt, sie habe m.W. überhaupt keine politische Meinung. Auf jeden Fall könne man keinen der Beschuldigten als „Reaktionär“ bezeichnen. Die Russen schienen sich mit diesen Auskünften vorerst zufriedenzugeben.

Heute tagte bis zum frühen Nachmittag der Kulturpolitische Ausschuß des Landesverbandes im Landtagsgebäude. Am Vormittag sollte ursprünglich Ministerialdirektor Schatter aus Berlin zum Thema „Stellung und Aufgaben der Volksbildung in der Deutschen Demokratischen Republik“ sprechen. Er ließ sich entschuldigen. An seiner Stelle nahm von Koerber das Wort zu den jüngsten Vorgängen in der Landtagsfraktion. Er teilte mit, daß die beschuldigten Abgeordneten inzwischen von ihren Parteiämtern suspendiert seien und daß diese Suspendierung nicht auf ihren jüngsten Äußerungen beruhe, sondern darauf, daß sie „seit Jahren die Linie unserer Partei nicht erkannt“ hätten oder „nicht erkennen wollten“. Koerber wies darauf hin, daß er nach dem Tode des Fraktionsvorsitzenden Dr. Schneider zu verhindern versucht habe, daß Hein an dessen Stelle trete.¹⁵⁷ Jedoch: die Fraktion habe leider nicht auf ihn gehört. Nun sei man in eine schwierige Lage gekommen. K. wandte sich sodann gegen den Einwand, daß Fraktionssitzungen vertraulich seien und deshalb dort erfolgte Äußerungen nicht zur Grundlage von Parteiverfahren gemacht werden könnten. Diese Behauptung sei „unsinnig“. Wenn Herr Hein den Minister Rücker offiziell zu einer Aussprache mit der Fraktion lade, dann sei die Sitzung eben „hochoffiziell und politisch“ und Minister Rücker berechtigt und verpflichtet, seiner Partei darüber Bericht zu erstatten.

Koerber beschäftigte sich dann mit den einzelnen von der Suspendierung betroffenen Abgeordneten und meinte, daß die Äußerungen des Abgeordneten Hein schon deshalb „sehr ungeschickt“ gewesen seien, weil

wir alle ja wüßten, „daß die augenblickliche politische Freiheit, die wir in unserer DDR erhalten haben, auf einem Grundfundament politischer Voraussetzungen ruht: nämlich auf der Freundschaft mit der Sowjetunion“. Koerber schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Es gibt keine Freiheit für die Feinde der Freiheit und keine Demokratie für die Feinde der Demokratie! Kräfte, die unsere Linie nicht teilen können, müssen sich von uns trennen!“

In der anschließenden Aussprache stellte Dr. O. (Potsdam) die Frage, ob es angängig sei und mit der Verfassung zu vereinbaren, daß die Immunität von Abgeordneten aufgehoben werde, wenn einmal in einer Fraktionsaussprache Worte fielen, die heftiger seien als gemeint.¹⁵⁸ Koerber wies darauf hin, daß bisher die Immunität der Beschuldigten noch nicht aufgehoben sei, das Verfahren sei noch nicht abgeschlossen. Im übrigen bedeute die Freiheit der Meinungsäußerung „noch nicht die Freiheit, Dummheiten zu sagen“. Einer der nächsten Diskussionsredner, ein Parteifreund aus Calau, sprach sich für engere Verbindung zum Westen gerade auf dem Gebiet der Kulturpolitik aus und wollte wissen, welche Beziehungen die LDP zur FDP habe. Dr. B. aus Niederbarnim wies darauf hin, daß es im Lande Brandenburg heute keinen einzigen Schulrat der LDP mehr gebe. Auch die Schulleiterposten, die einst durch LDP-Leute besetzt gewesen seien, wären beim Personalwechsel verlorengegangen. Ein anderer Parteifreund sprach sich dafür aus, „bei aller Freundschaft für die Sowjetunion unsere deutsche Kultur nicht zu vergessen“.

Koerber zur Diskussion: Die FDP stehe bisher unseren Vertretern ablehnend gegenüber. Unsere Werbung gelte darum den „parteilpolitisch ungebundenen Kräften“. Rücker habe auf der Fraktionssitzung am 20. Dezember wiederholt gebeten, ihm Vorschläge für die Besetzung von Schulratsposten zu unterbreiten.

Danach referierte ich zum Thema „Unser Programm und die Verfassung“. Die Tagung war gut besucht. Insgesamt 40 Parteifreunde aus dem Land Brandenburg nahmen an den Beratungen teil.¹⁵⁹

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die SKK:

„Die Äußerungen der fünf Landtagsabgeordneten der LDP in der Fraktionssitzung am 19. und 20. Dezember und die zahlreichen Veröffentlichungen in der Presse darüber veranlaßten die Landesleitung zu einer Reihe von Maßnahmen, die die politische Geschlossenheit der Brandenburger LDP wiederherzustellen haben. Die Tatsache, daß diese Abgeordneten sich in unverantwortlicher Weise von der allgemein festgelegten Linie unserer Partei entfernten und Ansichten vertraten, die geeignet sind, das Ansehen und den Bestand unserer Partei zu gefährden, forderte die sofortige Suspendierung der Betreffenden von ihren Parteiämtern und ihrer Mitgliedschaft bis zur Verhandlung und Klärung durch das vom 1. Landesvorsitzenden einzuberufende Sonderparteigericht.¹⁶⁰ In einer offiziellen Stellungnahme des Landesvorsitzenden zu diesen Vorkommnissen distanzierte sich die Partei eindeutig von den von den Abgeordneten vertretenen Ansichten und bekannte sich rückhaltlos zu der fortschrittlichen Politik, die durch die Parteileitung festgelegt ist.“

Sonabend, den 7. Januar 1950

Nach einer Mitteilung der Parteileitung, die heute in der Presse zu lesen ist, sind die Vorgänge in der brandenburgischen Landtagsfraktion „nach den Vorschriften der vom Hauptausschuß der Partei einstimmig beschlossenen Verfahrensordnung geklärt und bereinigt“.¹⁶¹ Hein, Priefert und Orthmann seien aus der Partei ausgeschlossen worden und ihre Landtagsmandate „erloschen“. In der Parteigerichtsverhandlung – die in absentia geführt wurde – sei besonders das Verhalten der drei Vorgenannten verurteilt worden, weil sie „der Berliner Westpresse noch während der Untersuchung in verleumderischer Absicht über die Vorgänge völlig unwahre Berichte“ gegeben hätten. Baumann hat inzwischen sein Landtagsmandat niedergelegt. Der gegen ihn erhobene Vorwurf der Wirtschaftsspionage hat sich als nicht begründet herausgestellt. Die Untersuchung gegen Gaedecke konnte wegen dessen Erkrankung nicht abgeschlossen werden.

Mittlerweile ist auch die „spontane Empörung der Werktätigen“ richtig in Schwung gekommen. Belegschaften verschiedener Betriebe forderten die „Säuberung“ der LDP „von solchen Reaktionären“. Auch der Landesvorstand der NDP meldete sich zu Wort. Er denunzierte vorsichtshalber gleich die ganze LDP als reaktionär und verdächtig. Von LPD-Mitgliedern werde sehr häufig, so meint die Partei ehemaliger Nationalsozialisten, von der öffentlich erklärten Politik der Partei abgerückt, „gegensätzliche Stellungnahmen offen ausgesprochen und zur Grundlage des politischen Handelns gemacht“.

Montag, den 16. Januar 1950

Auch im Mittelpunkt der heutigen erweiterten Landesvorstandssitzung (66 Personen) standen die Vorgänge in der Fraktion. In seinem Einleitungsreferat betonte von Koerber, daß diese Angelegenheit formell „vollkommen abgeschlossen“ sei. Die Ursachen für die Vorgänge lägen jedoch darin, daß die Fraktion ein „Eigenleben“ geführt und nicht so eng mit dem Landesverband zusammengearbeitet habe, wie es notwendig gewesen wäre. Man könne die richtigen Lehren aus dem Vorfall nur ziehen, wenn man die Dinge „im großen Zusammenhang“ sähe. Dabei seien vereinzelte Bedenken oder die einzelnen Fakten „völlig uninteressant“, nachdem alles abgeschlossen sei. Man müsse erkennen, daß uns die Gefahr vom Westen her drohe, da die dortige Regierung den Versuch mache, „das deutsche Volk wieder einmal für fremde Interessen als Soldaten aufzutreten zu lassen“. Man dürfe sich nicht darüber täuschen, daß sich die Verhältnisse in der großen Politik nach 1945 grundlegend geändert hätten. Für eine Erreichung unserer Ziele verspreche eine Politik mit der Sowjetunion die einzige Möglichkeit. „Das ist die große politische Linie.“

Koerber ging dann auf wirtschaftliche und soziale Fragen ein, verkündete, daß es nicht richtig sei, „etwas zu sagen, das nicht zeitgemäß ist“

und forderte die Parteifreunde auf, sich den sozialen Ideen, die die Sowjetunion „zum Aufblühen gebracht“ hätten, nicht zu verschließen – „denn die sind lebensfähig und lebenskräftig, wie wir uns überzeugen konnten“.

Später kam er auf die Arbeitstagungen des Landesverbandes zu sprechen. Ganz allgemein habe man dabei „gewisse Irrtümer“ vermerken können: insbesondere den, daß man die Wahlen glaubte besonders herausstellen zu müssen. Auf der Potsdamer Tagung seien Stimmen vor allem von solchen Mitgliedern laut geworden, die sich seit Jahren zurückhalten mußten. Sie hätten gezeigt, daß sie die Zeit der Zurückhaltung nicht dazu benutzt haben, die große Linie der Partei positiv zu unterstützen. Überhaupt sei zu diesen Arbeitstagungen festzustellen, „daß positive Vorschläge, wirklich konkrete Vorschläge, eine Unterstützung unserer allgemeinen Politik wenig zu hören waren“.

Abschließend wandte sich von Koerber dagegen, das Wort „Einheitsliste“ immer „wiederzukäuen, bis es womöglich wirklich kommt“. Die Kreisvorsitzenden dürften nicht alles glauben, was die SED sage. Diese Angstpsychose bei unseren Parteifreunden müßten wir unbedingt überwinden. Denn: „Die Stunde für unsere LDP steht günstig.“

Dann gab Mühlmann einen detaillierten Bericht über die Ereignisse am 19. und 20. Dezember. Es seien ausgedehnte Fraktionssitzungen gewesen, die zeitweise im Beisein von Minister Rücker stattgefunden hätten. Fünf der insgesamt 20 Abgeordneten hätten an der Sitzung nicht teilgenommen. Ein Vertreter der SKK sei nicht anwesend gewesen, wohl aber des SNB¹⁶², der während der Wiedergabe vertraulicher Mitteilungen des Innenministers (Verschlußsache) gebeten worden sei, das Fraktionszimmer zu verlassen.

Ein stenographisches Protokoll sei nur während der Aussprache mit Rücker geführt worden, das sonstige Protokoll beschränke sich auf die Wiedergabe der wichtigsten Äußerungen. Er selbst sei wegen interfraktioneller Besprechungen zeitweilig abwesend gewesen. M. berichtete dann über die Äußerungen der einzelnen Abgeordneten und betonte, daß er weder aus den Ausführungen Baumanns noch Gaedeckes die Empfehlung einer „Spitzeltätigkeit“ bei der HO und den VEB's herausgehört habe. Ohne der Entscheidung des Sonderausschusses vorgreifen zu wollen, glaube er, daß dieser – wie der Ausschuß der Parteileitung im Falle Baumann – auch bei Gaedecke zu der Entscheidung kommen werde, daß der Vorwurf der Wirtschaftsspionage nicht berechtigt sei. Äußerungen der Frau Orthmann gegen die Blockpolitik habe er nicht gehört. Anders lägen die Dinge bei den Herren Hein und Priefert. Ihre Fragen an Minister Rücker verrieten einen Mangel an Takt und politischem Fingerspitzengefühl. Nach Einsicht in das ihm erst nachträglich bekanntgewordene stenographische Protokoll „muß ich meine Stellungnahme, die von der Presse am 27. 12. veröffentlicht wurde, revidieren“. Von einer Diffamierung der russischen Kul-

tur, „wie es in der Auslassung des ADN vom 24. 12. 1949 heißt“, könne zwar keine Rede sein, wohl aber hätten Hein und Priefert Auffassungen vertreten, die mit den politischen Grundlinien der LDP unvereinbar seien. „Der Politiker kann in der Formulierung seiner Meinung nicht vorsichtig genug sein, damit nicht etwas anderes herausgehört werden kann, als er zu sagen beabsichtigt. Zumindestens in dieser Beziehung haben die Herren Hein und Priefert versagt.“ Durch ihr späteres Verhalten hätten sie sich selbst das Urteil gesprochen. Der Spruch der Parteileitung und des Landesverbandes sei daher zu Recht ergangen.¹⁶³

Danach war ich an der Reihe. Die Darstellung des Arbeitsprogramms des Landesvolksausschusses gab Gelegenheit zu ein paar mehr allgemeinen Bemerkungen über die Arbeit der Nationalen Front. Ich forderte wirklich freie Aussprache bei den „Foren der öffentlichen Meinung“ und verwies als abschreckendes Beispiel auf eine Veranstaltung in Potsdam-Babelsberg, in der jeder Diskussionsbeitrag sofort mitgeschrieben wurde. So komme man nicht weiter. Kein Wunder, daß auch die vom Landesauschuß angeregte Zirkelbildung an Theatern, Krankenhäusern, Hochschulen usw. kein Erfolg war. Die Versammlungsmüdigkeit der Bevölkerung sei groß. Viele Menschen verträten zudem die Ansicht, daß die Nationale Front von der SED getragen werde – sie wollten aber nichts politisch Einseitiges vorgesetzt erhalten.¹⁶⁴ Noch immer liege auch die Propaganda der Nationalen Front im argen. Man dürfe z. B. nicht ständig Formulierungen benutzen, die täglich im RIAS lächerlich gemacht werden. Ich bat die Parteifreunde um mehr Erfahrungsberichte aus den Kreisen. Wir hörten von dort immer weniger und wüßten oft überhaupt nicht mehr, wie die Situation in den Kreisverbänden und Ortsgruppen aussähe.

Um bessere Berichterstattung bat auch Steffen. Entwicklungen, die eventuell zu Verhaftungen führen könnten, müßten dem Landesverband vorher mitgeteilt werden, damit er sich noch einschalten könne. Wenn dann aber Verhaftungen nicht sofort wieder rückgängig gemacht werden könnten, so habe das oft Gründe, „die man nicht öffentlich bekanntgeben kann, weil in ein schwebendes Verfahren nicht eingegriffen werden soll“.

Die erweiterte Vorstandssitzung endete mit der Verabschiedung einer Entschließung, in der die Versammelten die von der Partei gegen die fünf Landtagsabgeordneten getroffenen Maßnahmen einstimmig billigten.¹⁶⁵

Mittwoch, den 18. Januar 1950

Die letzte Unterredung mit der NKWD am Dienstagabend war die bisher schlimmste. Sie hatten mich für 20 Uhr an die Ecke Hans-Sachs- und Geschwister-Scholl-Straße bestellt. Dort holte mich ein Beamter des sowjetischen Geheimdienstes ab und brachte mich in eine fast leerstehende, ungeheizte Etagenwohnung in der Kantstraße. Hier wartete schon eine in einen Pelzmantel gehüllte, großgewachsene blonde Russin, die meinen Abholer

bei dem sogleich beginnenden Verhör als Dolmetscherin unterstützte. Der Offizier überfiel mich mit der Frage, warum ich entgegen den mir gegebenen Weisungen Parteifreunden über meine Gespräche mit der NKWD berichtet hätte.¹⁶⁶ Drohend gebot er mir, künftig den Mund zu halten, sonst werde man mich verhaften. Dann ging das alte Spiel wieder los. Man müsse an meiner Aufrichtigkeit zweifeln, da ich mich noch immer weigere, „reaktionäre“ LDP-Mitglieder namhaft zu machen. Ich erwiderte, ich sähe meine Aufgabe darin, andere zu überzeugen, aber nicht, sie zu vernichten. Darauf warf mir der sowjetische Offizier Naivität vor. Ich fühlte, wie bereits wieder die Wut in mir hochstieg und erklärte gereizt, ich sei bereit, sofort meine sämtlichen Parteiämter niederzulegen, da man mich der indirekten Unterstützung von „Agenten und Saboteuren“ bezichtige. Ich hatte den Eindruck, daß mein sowjetisches Gegenüber diese Erklärung nicht ernst nahm. Er ging jedenfalls auf den Vorschlag nicht ein. Ich bat, die nächste Unterredung, die man mir schon angekündigt hatte, wieder in der SKK stattfinden zu lassen. Dieser Bitte wurde entsprochen und ich nach einer Stunde wieder in die Nacht entlassen.

Am Vormittag des gleichen Tages trat der Landesjugendbeirat im Landtag zusammen. Siegfried Rönnefahrt wurde zum Beiratsvorsitzenden gewählt, dann berichtete ich über die Vorgänge in der Landtagsfraktion und die letzte Landesvorstandssitzung. Ich bat die Parteifreunde, in dem vor uns liegenden schweren Jahr eng zusammenzuarbeiten. Die Umbildung zur Nationalen Front werde von manchem kritisch und ängstlich als der Weg zur Einheitsliste am 15. Oktober betrachtet.¹⁶⁷ Wir dürften uns aber prinzipiell an solchen Diskussionen nicht beteiligen, sondern sollten vielmehr zu jeder Zeit für die uns zugesicherten freien Wahlen eintreten.

Zu meinem Bericht gab es keine Wortmeldung. Der Beirat schlug Karl Machner, Siegfried Rönnefahrt und mich als Nachfolgekandidaten für die Volkskammer vor. Für den Posten eines hauptamtlichen Jugendsekretärs der Parteileitung wurde ich gleichfalls nominiert, obwohl ich auf die Wahrscheinlichkeit eines Einspruchs Koerbers hinwies.¹⁶⁸

Mittwoch, den 25. Januar 1950

Wieder einmal und noch immer das Thema FDJ. Auf der gestrigen Sitzung des Jugendbeirats bei der Parteileitung hatte Schulrat Wolff mit der Mitteilung, daß in nächster Zeit ein Jugendgesetz in der Zone zu erwarten sei, den Anstoß zu einer neuerlichen Diskussion über dies offenbar unerschöpfliche Thema gegeben. Auf Vorschlag Gerlachs wurde ein kleines Gremium gebildet, das sich in der kommenden Woche in der Parteileitung zusammensetzen und mit den Problemen eines solchen Jugendgesetzes und einigen Fragen der Berufsausbildung beschäftigen soll. Harald K. regte an, im Zonenvorstand auch die Frage der Kriegsdienstverweigerung zu klären. Der von Eckardt ausgearbeitete Arbeitsplan für den Jugendbei-

rat wurde mit wenigen Änderungen einstimmig angenommen. Er verpflichtet die Beiräte, „mit allen Organisationen und Institutionen, die sich mit der Jugendarbeit befassen, eine möglichst enge Verbindung zu halten und gut zusammenzuarbeiten“. E. gab auch den Schulungsplan für den Jugendlehrgang an der Parteischule bekannt, der nun endgültig vom 13. bis 26. März stattfinden wird.

Heute nachmittag die 7. Unterredung mit der NKWD, diesmal ohne Dolmetscher. Der sowjetische Geheimdienstmann interessierte sich fast ausschließlich für die Vorfälle im Potsdamer Stadtparlament anlässlich der SED-Kampagne gegen den CDU-Stadtrat Richard.¹⁶⁹ Er wollte wissen, wie die LDP-Mitglieder die Ereignisse beurteilen, wie ich zu dem Verhalten Stadtrat Brauers stehe usw. Ich erhielt den Auftrag, bis zum 28. d. M. einen Bericht über den Fall Richard und das Verhalten Brauers zu fertigen („denn das ist ja keine Denunziation!“).

Am Abend, auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes im Stadtparlament, stand dieses Thema ebenfalls zur Diskussion. Mühlmann bat, im Augenblick auf eine Aussprache zum Fall Richard zu verzichten, damit die sich angeblich zwischen den Parteien anbahnende Entspannung keinen Rückschlag erleide. Die LDP müsse sich mit den anderen Parteien in der Nationalen Front und im Block zusammenfinden.

Für den aus dem Kreisvorstand ausgeschiedenen Gerhard W. wird ein neuer zweiter Kreisvorsitzender gewählt. Ich lehnte eine Kandidatur wegen unseres Vorstandsbeschlusses aus dem Jahr 1948 ab, wonach ein Mitglied der Landesleitung nicht gleichzeitig dem Kreisvorstand angehören darf.

Sonabend, den 28. Januar 1950

Gab heute vormittag dem NKWD-Mann im Gebäude der SKK den gewünschten Bericht über den Fall Richard. Er dürfte die Sowjets kaum befriedigen, da ich darin das Verhalten der SED verurteile und das unseres Parteifreundes Brauer rechtfertige. Voraussichtlich werde die Partei keinen Anlaß haben, „den von allen Parteien geachteten und anerkannten aufrechten Demokraten Brauer fallen zu lassen“.¹⁷⁰ Das gab ich den Sowjets schriftlich. Dazu noch einen Bericht über die Mitgliederversammlung am 25. Januar, in dem sämtliche erwähnten Parteifreunde als vorbildliche „Volksdemokraten“ erscheinen. Ich bitte sie dafür im stillen um Verzeihung!

Sonabend, den 11. Februar 1950

Heute vormittag mit einem unguuten Gefühl zum neunten Treff mit der NKWD. Diesmal waren es drei Beamte. Sie erwarteten mich nicht im Gebäude der SKK, sondern gegenüber auf dem Parkplatz des Offizierskasinos in der Berliner Straße. Dort stand eine Limousine, die NKWD-Leute

saßen darin, am Steuer der Dolmetscher. Er öffnete den Wagenschlag und befahl mir, einzusteigen und neben ihm Platz zu nehmen. Der mir von früheren Unterredungen bekannte Beamte auf dem Rücksitz begann sofort das Verhör. Der andere im Fond stellte keine Fragen; er ließ sich lediglich durch den verhörenden Beamten unterrichten. Das Verhör dauerte von 11.30 bis 13.15 Uhr – ohne Pause! Die NKWD-Leute versuchten mich durch verfängliche Fragen (ob ich denn beweisen könne, daß ich tatsächlich gegen die „Reaktionäre“ in der LDP sei) oder durch Bluff (man wisse ganz genau, daß ich zur Schwennicke-Gruppe Verbindung hätte) in die Enge zu treiben. Sie forderten mich mehrmals mit Nachdruck auf, mit ihnen bei der Ausschaltung der „Reaktionäre“ zusammenzuarbeiten. Ich wies diese Aufforderungen ebenso beharrlich zurück und wiederholte meine „Drohung“, sämtliche Parteiämter sofort niederzulegen.

Im Verlauf des Verhörs kamen wir auch auf den Liberalismus als Weltanschauung zu sprechen. Ich hatte mein Verhalten der NKWD gegenüber mit meinem Bekenntnis zur liberalen Idee begründet. Der NKWD-Mann meinte, es sei unmöglich, daß sich ein „fortschrittlicher“ Mensch zu dieser Weltanschauung bekennen könne. „Sie glauben an die Zukunft des Liberalismus – Sie sind in einem Irrtum befangen. Sie werden bald Ihren Irrtum einsehen. Ihre Idee wird zusammenschmelzen.“ Nach dieser Prognose fühlte ich mich auf einmal sicherer und fast erleichtert.

Doch dann begann erneut die alte Masche der Bluffs und Drohungen. Auch ich wurde immer gereizter und unhöflicher. Schließlich faßte ich mir ein Herz und forderte die NKWD-Leute wütend auf, mich endlich in Ruhe zu lassen und mir weitere Begegnungen mit ihnen zu ersparen. Zu meiner Verblüffung öffnete mir mein „Chauffeur“ daraufhin die Wagentür. Der verhörende Beamte versicherte mir, daß man meinem Wunsch entsprechen werde und entließ mich mit dem Bemerkten: „Gehen Sie ruhig wieder an Ihre Arbeit.“ Mit zitternden Knien machte ich mich auf den Heimweg.

Montag, den 13. Februar 1950

Heute morgen eine besondere Geburtstagsüberraschung: Generalsekretär Stempel sandte mit Datum vom 10. Februar allen Mitgliedern des Hauptausschusses ein Schreiben der Parteivorsitzenden samt Verpflichtungserklärung. Das von Kastner und Hamann unterzeichnete Rundschreiben trägt das Datum vom 31. Januar. Es führt noch einmal die politischen Entscheidungen der LDP der letzten viereinhalb Jahre auf. Die Partei sei eingetreten für die Reform des staatlichen Lebens durch die Blockpolitik, für die Bodenreform, die Schulreform, die Enteignung der Kriegsverbrecher, Kriegsinteressenten und Naziaktivisten; für die Demokratisierung der Justiz, die Verfassung der DDR und ihre Inkraftsetzung sowie für die Bildung der Provisorischen Regierung der DDR. Alle diese Reformen stün-

den in Übereinstimmung mit dem Eisenacher Programm. Der Zentrale Parteivorstand halte es nun für geboten, „unsere aktiven Mitglieder aufzufordern, sich einwandfrei für die bisherige Politik der Partei und deren Fortsetzung zu erklären. Es darf niemand gestattet werden, eine Politik zu treiben, die jenseits der Moral steht. Jedermann muß für seine Worte und sein Handeln die volle Verantwortung übernehmen. Die LDP treibt keine Politik, die hinter verschlossenen Türen etwas anderes will, als sie vor dem Volke erklärt und vertritt. Die Parteileitung hat dafür erhöhte Verantwortung zu tragen. Sie muß daher der Zustimmung zu ihrer Haltung und des Vertrauens für ihr weiteres Handeln sicher sein. Sie bittet ihre Parteimitglieder infolgedessen, die anhängende Erklärung zu unterzeichnen.“

Diese auf der Sitzung des Zentralvorstandes vom 25. Januar beschlossene Verpflichtungserklärung ist offenbar durch Ereignisse wie die in der Brandenburger Landtagsfraktion der Parteiführung mehr oder minder aufgezwungen worden. Auch dürften Hamann und Kastner in ihrer Bedrängnis, die sich aus dem verschärften Druck der Besatzungsmacht und der SED einerseits und den immer unkontrollierteren Reaktionen der Parteifreunde andererseits ergibt, in dieser Aktion eine letzte Möglichkeit sehen, die Partei vor der völligen Vernichtung zu bewahren. Da die Verpflichtungserklärung keine politischen Grundsätze enthält, zu denen wir „Aktiven“ uns nicht ohnehin jeden Tag von neuem erklären müssen, werde ich diesen Schein wohl unterschreiben.¹⁷¹

Dienstag, den 14. Februar 1950

Aus dem Monatsbericht der Landesleitung an die SKK:

„Die Bevölkerung hat durch die Annahme des Volkswirtschaftsplanes in der Volkskammer das Vertrauen gewonnen, daß die Wirtschaft sich weiter günstig entwickelt. Allgemein begrüßt man besonders die Aussicht, daß im nächsten Herbst die Kartenwirtschaft zum Teil aufgehoben werden soll. Vernünftige Leute sehen darin eine schrittweise Erfüllung der früher zugesagten Versprechungen der Regierung. Der milde Winter hat auch die teilweise bestehende Kohlenknappheit nicht so scharf hervortreten lassen, obwohl an manchen Stellen ausgesprochener Mangel an Heizmaterial herrscht.

Politisch betrachtet die Bevölkerung mit Aufmerksamkeit die Vorgänge in allen Parteien, die beweisen, daß sich überall eine klare politische Linie abzeichnet, die in der Blockpolitik zum Handeln zusammenführt. Daß dabei Elemente ausgeschieden werden müssen, die sich auch jetzt nach fünf Jahren nicht in die allgemeine politische Linie hineinfinden, findet Verständnis bei allen fortschrittlichen Elementen...

Der bedingungslose Glaube, daß im Westen alles besser wäre, hat erheblich nachgelassen. Es kommen häufig Stimmen, die zeigen, daß doch nur eine hauchdünne Oberschicht gute Geschäfte macht, während die große Masse nicht die Mittel besitzt, um das ihr Wünschenswerte zu kaufen.“¹⁷²

Heute vormittag, auf der Sitzung der Werbekommission des Landesausschusses der Nationalen Front, wurden uns Losungen für die Autobahnen vorgelegt, die wenig überzeugten. Die schlimmsten sortierten wir aus

(„Abhängigkeit vom Dollarimperialismus bedeutet Verschuldung, Not, Elend“ – „Warum keinen Friedensvertrag? Weil der Dollarimperialismus den Krieg vorbereitet“). Man spürte die Handschrift der Genossen. Seipold meinte, die Losungen auf der Autobahn müßten von der Landesgrenze an eine stetige Steigerung erfahren. Aber wer liest das schon?¹⁷³

Montag, den 20. Februar 1950

Der Fall Richard beschäftigte heute erneut den Kreis-Antifa-Block. Zur vierköpfigen LDP-Delegation gehörte auch Stadtrat Brauer. Doch diesmal ließ ihn die SED ungeschoren. Statt dessen richteten die kommunistischen Funktionäre nun ihr ganzes Feuer auf die CDU. Ausgangspunkt der Diskussion: eine Erklärung des Kreisverbandes der CDU zum Fall Richard. Die SED vermißte darin eine Stellungnahme zu einem Artikel in der „Märkischen Union“, in dem scharfe Angriffe gegen die SED wegen ihres Verhaltens in den Stadtverordnetenversammlungen erhoben worden waren. Dieser Artikel sei eine „Beleidigung der werktätigen Menschen in Potsdam“, meinte der FDGB-Vertreter. Er glaube nicht, daß es – wie die CDU-Zeitung geschrieben habe – zu tumultartigen Szenen gekommen sei und für das Mobiliar des Hauses Gefahr bestanden habe. Vielmehr sei das Auftreten der kommunistischen Demonstranten sehr diszipliniert gewesen. „Wir verlangen im Interesse der Werktätigen, daß dieser Artikel zurückgenommen wird.“

Die CDU-Vertreter verharteten in Schweigen. Das brachte die Genossen etwas aus dem Konzept. Man wandte sich darum dem Text der Erklärung des CDU-Kreisverbandes zum Fall Richard zu. Ärger bei der SED rief hier der letzte Absatz hervor, in dem die CDU personelle Garantien für eine bessere Zusammenarbeit unter der Voraussetzung anbietet, daß auch die SED entsprechende Bedingungen schaffe. Deren Vertreter spielten sogleich die gekränkte Unschuld und bemühten sich erfolgreich, den Ball an die CDU zurückzugeben, indem sie von deren Delegation sofort eine Stellungnahme zum Artikel in der „Märkischen Union“ forderten. Gerigk wich dieser Forderung aus, erklärte sich jedoch bereit, den letzten Satz der Erklärung seiner Partei zu streichen, in dem Forderungen an die SED gestellt worden waren.

Dann ging man zum zweiten Tagesordnungspunkt über. Zur Festigung der Zusammenarbeit im Block schlug die SED eine gemeinsame Funktionärssitzung aller Parteien und Organisationen in Potsdam vor. Widerspruch erfolgte nicht, nur der NDP-Vertreter stiftete mit seinem liebebedingenerischen Übereifer zeitweilig Verwirrung. Gerigk stimmte namens der CDU dem Plan zu. Wir vier LDP-Leute meldeten uns überhaupt nicht zu Wort.

Unterdessen geht der Ost-West-Konflikt weiter. Am 31. Januar gab der amerikanische Präsident Truman der US-Atomenergiekommission den

Auftrag, die Arbeiten an der Wasserstoffbombe aufzunehmen. Hiermit hoffen die Amerikaner offensichtlich, die Sowjets unter Druck setzen zu können. Aber sie werden doch nur die Lage verschärfen.

Interessant war eine Meldung aus Westdeutschland, wonach der Sonderausschuß der europäischen Verwaltung des Marshallplanes den westdeutschen Behörden vorgeworfen hat, daß diese die Gelder aus Amerika ausschließlich für Einkäufe von Lebensmitteln und Luxusgütern verwendeten. Westdeutsche Politiker konterten mit dem Hinweis, daß diese Art der Geldverwendung nicht zuletzt auf amerikanische Wünsche zurückgehe. Denn die USA wollten doch die westdeutsche Wirtschaft zum Demonstrationsobjekt für eine liberale europäische Wirtschaft machen. Davon scheint man aber zur Zeit noch weit entfernt zu sein: das Memorandum der US-Oberkommission zur Frage der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland vom 6. Februar bescheinigte der westdeutschen Bundesregierung, daß sie mit diesem ernststen Problem nicht fertig werde. Zwischen Ende Dezember 1949 und Ende Januar 1950 ist die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik von 1 558 500 auf 1 897 700 gestiegen, gewiß eine Folge der westdeutschen Wirtschaftspolitik.

Dienstag, den 21. Februar 1950

Am Nachmittag meine erste „Amtshandlung“ als Stadtverordneter der Landeshauptstadt Potsdam: Teilnahme an der 47. Sitzung des Stadtparlaments. Seit dem 17. Februar bekleide ich dieses neue Amt. Da Parteifreund G. Anfang Februar aus der Partei ausgeschlossen wurde und die zur letzten Gemeindewahl 1946 aufgestellte Kandidatenliste erschöpft ist, hatte mich der Kreisverband gemäß Gesetz vom 4. Januar 1950 zum neuen LDP-Stadtverordneten vorgeschlagen. Mit der Einführung neuer Stadtverordneter wurde zugleich die Aufnahme von NDP- und DBD-Vertretern in das Stadtparlament verbunden. Der Landtag hatte am 26. Januar ein Gesetz zur „Erweiterung der Wahlkörperschaften im Lande Brandenburg“ beschlossen, das nun auch diesen Parteien den Einzug in die Parlamente gestattet, ohne sich zuvor den Wählern gestellt zu haben.¹⁷⁴

Ansonsten beschäftigte sich die Stadtverordnetenversammlung mit einem Antrag des Bauausschusses, in dem die Reichsbahn aufgefordert wird, auf dem Bahnhofsvorplatz in Potsdam endlich die Trümmer zu beseitigen, die Grünanlagen wieder instandzusetzen, die Löcher in den Bürgersteigen zu schließen und den fliegenden Händlern die Genehmigung zu entziehen. Die SED hatte zudem drei Anträge vorgelegt: der Zugangsweg zu einem Haus in der Jägerallee soll repariert, ein neues Kulturhaus in Potsdam gebaut (nachdem das frühere Gesellschaftshaus „Alter Fritz“ Landestheater wird) und die Straßen Geltow-Bahnhof Geltow und Geltow-Wildpark-West sollten ausgebessert werden. Alle diese Anträge wurden einstimmig verabschiedet.

Dienstag, den 28. Februar 1950

Koerber drohte mir heute mit Entlassung! Wir hatten am Nachmittag in der Landesleitung eine sehr unerfreuliche Aussprache. Dabei drückte K. mir mit deutlichen Worten seine Unzufriedenheit mit meiner Arbeit aus. Aktueller Anlaß war mein Auftreten vor dem Sonderparteigericht des Landesverbandes in diesem Monat. Koerber hatte mir dabei ursprünglich die Rolle eines Anklägers des Landesvorstandes zugeordnet. Ich dagegen sah meine Aufgabe anders: ich wollte, zusammen mit Mühlmann, versuchen, den angegriffenen Parteifreunden soweit wie möglich zu helfen. So vertrat ich gemeinsam mit dem Parteigericht die Auffassung, daß Beschuldigungen der SED allein nicht genügen können, um LDP-Mitglieder aus der Partei auszuschließen. Wir bemühten uns also, nach objektiven Maßstäben zu einer Urteilsfindung zu kommen, die möglichst auch den Interessen der Betroffenen entsprach. Nur wer sich ganz offensichtlich gegen die Richtlinien der Partei gestellt hatte, war nicht zu halten. Auf der Sitzung des Parteigerichts im Februar hatten wir gegen einen der beschuldigten Parteifreunde überhaupt nicht verhandelt, weil wir uns für diesen Fall als nicht zuständig erklärten. Einen anderen Parteifreund, Fritz I. aus Luckenwalde, schlossen wir aus der Partei nicht aus, sondern enthoben ihn – nach Rücksprache mit ihm und mit seinem Einverständnis – nur seiner Parteiamter. I. war von der SED-Presse auf das heftigste attackiert worden, weil er in einer öffentlichen Rede politische Äußerungen von sich gegeben hatte, die zu Mißverständnissen Anlaß gaben.¹⁷⁵

Koerber behauptet nun, ich sei persönlich für das alles verantwortlich. Ich hätte mich gegen entsprechende Tendenzen im Parteigericht durchsetzen müssen, notfalls dadurch, daß ich den Verhandlungsraum solange verließ, bis die Mitglieder des Parteigerichts sich zu Parteiausschlüssen durchgerungen hätten. Aber ich verstehe ja ohnehin nicht, mich durchzusetzen, und begriffe wohl auch nicht die Erfordernisse des Tages. Ich erwiderte, daß ich nun einmal meine Aufgabe darin sähe, sachlich und objektiv jeden einzelnen Fall zu prüfen. Ich stünde auch heute noch auf dem Standpunkt, daß ein Parteiausschluß dieser LDP-Mitglieder nicht gerechtfertigt wäre. Daraufhin wechselte von Koerber das Thema und äußerte sich nun ganz allgemein sehr negativ über meine Arbeit als Landessekretär. Er habe den Eindruck, daß ich immer mehr zu einer Art passivem Widerstand übergehe. Ich ließe seit geraumer Zeit jede Aktivität vermissen, ergriffe keine Initiativen mehr. „Gute Reden halten genügt nicht“, meinte K. ironisch, „wenn man nicht mit der notwendigen Überzeugung bei der Sache ist.“

Schließlich kam Koerber auch noch auf meine sehr gespannten Beziehungen zu seiner Sekretärin T. zu sprechen. Er müsse mir erklären, daß er nicht die Absicht habe, auf diese Mitarbeiterin zu verzichten. Wenn wir uns nicht vertragen könnten und wenn ich nicht in seinem Sinne arbeiten wolle, dann müßten wir uns voneinander trennen, meinte Koerber kalt.

Ich erklärte, auch ich hätte den Eindruck, daß diese Trennung notwendig sei und bat ihn, mir nach Möglichkeit bei der Suche nach einer neuen Tätigkeit behilflich zu sein. Was aus der Landesgeschäftsstelle bei dem bereits jetzt bestehenden Personalmangel werden soll, scheint Koerber ziemlich gleichgültig zu sein.¹⁷⁶

Freitag, den 3. März 1950

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die SKK:

„Das Ehrengericht des Landesverbandes trat im Berichtsmonat zweimal zu einer Sitzung zusammen und schloß auf Grund vorliegenden Belastungsmaterials 7 ehemalige Mitglieder wegen parteischädigenden Verhaltens aus der LDP aus...

Neben den normalen Monatsversammlungen wurden in einigen Ortsgruppen die Jahreshauptversammlungen durchgeführt. Hier und auch auf Delegiertenversammlungen der Kreisverbände standen die Beschlüsse des Zentralvorstandes vom 25. 1. im Vordergrund der Erörterungen. Obwohl abschließende Berichte über den Verlauf dieser Versammlungen z. Zt. noch nicht vollständig vorliegen, kann jetzt schon von einer durchaus positiven Aufnahme der Beschlüsse bei der Masse unserer Mitglieder gesprochen werden...

Überall dort, wo zwischen den politischen Parteien und Organisationen eine gute Zusammenarbeit besteht und nicht Parteiengezänk die politische Atmosphäre vergiftet, ist es viel leichter möglich, die nichtorganisierten Teile der Bevölkerung für die nationale Aufgabe zu interessieren und sie zur Mitarbeit in den Ausschüssen der Nationalen Front zu gewinnen. Aus Mitgliederkreisen und auch aus der Bevölkerung selbst wird aber wiederholt darauf hingewiesen, daß die Nationale Front ihren überparteilichen Charakter auch bei den von ihr durchzuführenden Gedenkfeiern für fortschrittliche Persönlichkeiten wahren müßte; man sollte auch einmal derartige Veranstaltungen für nichtmarxistische fortschrittliche Persönlichkeiten durchführen...¹⁷⁷

Die Entwicklung in Westdeutschland wird aufmerksam verfolgt. Der üppige Blüten treibende Bonner Parlamentarismus Weimarer Prägung gibt den Menschen unserer Zone sehr zu denken.¹⁷⁸ Die Notwendigkeit, enger mit der westdeutschen Bevölkerung in Kontakt zu kommen, um ihnen etwas von unserem fortschrittlichen Gedankengut übermitteln zu können, wird offenbar. Manche wundern sich, daß bei Behörden in Fragebögen noch Einzelheiten über Parteizugehörigkeit, Militärdienst und verwandtschaftliche Beziehungen im Westen verlangt werden.“

Mittwoch, den 8. März 1950

Heute fast den ganzen Tag Sitzung des Jugendbeirates der Parteileitung. Gerlach hatte den Beirat diesmal nach Leipzig einberufen, um uns Gelegenheit zum Besuch der Frühjahrsmesse zu geben. Wegen der langen Dauer der Tagung kamen wir jedoch nur noch zu einer Stippvisite auf dem Messegelände.

Gerlach eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß sich einige Referenten der Parteileitung kritisch zur Tätigkeit des Beirates geäußert hätten. Nach seinen Worten sind diese Parteifreunde der Ansicht, der Beirat entwickle in seiner Jugendarbeit zuviel Aktivität, die die Gefahr einer „Renaissance“ der Arbeit des früheren Zonenjugendausschusses in sich berge.

„Ich bin der Meinung“, sagte Gerlach, „daß diese Äußerungen nicht die offizielle Meinung des Parteivorstandes sind.“ Im übrigen habe einer der Kritiker seine Ansicht im Verlaufe eines Gesprächs dahingehend geändert, daß die von ihm geäußerten Bedenken wohl mehr auf den Ausschuß für Hochschul- und Studentenfragen zuträfen. G. meinte, diese Ansicht habe eine gewisse Berechtigung; schließlich sei die Tendenz der letzten Sitzung dieses Ausschusses dahin gegangen, auf Grund der Ergebnisse der Studentenratswahlen die Auflösung der LDP-Betriebsgruppen an den Universitäten anzustreben.

H. (Berlin) berichtete über seine kürzliche Unterredung mit Kastner. Dabei habe K. angeregt, noch vor dem Deutschlandtreffen der FDJ in der Leipziger Kongreßhalle eine LDP-Jugendtagung mit 2000 bis 3000 Teilnehmern im Rahmen der Nationalen Front durchzuführen. Gerlach meinte, dieses Projekt werde allein schon an der Finanzlage der Partei scheitern. Auch halte er es nicht für klug, ein solches LDP-Jugendtreffen vor dem Pfingsttreffen der FDJ stattfinden zu lassen. Das könne von der FDJ falsch verstanden werden. Er schlage vor, eine Jugendtagung mit 200 bis 300 Personen für Mitte des Jahres vorzubereiten. Dem widersprach Eckardt insofern, als er für die von Kastner vorgeschlagene Teilnehmerzahl plädierte.

Nach dem Essen beschäftigte sich der Beirat erneut mit dem Thema „Deutschlandtreffen der FDJ“. Nach Angaben Gerlachs wird dieses Treffen zu Pfingsten in Berlin mit ca. 500 000 Teilnehmern durchgeführt werden. Zu dem Programm dieses Treffens gehören ein „Friedenskongreß“ (3000 Teilnehmer) sowie sportliche und kulturelle Veranstaltungen. Auch die Jugend im Westen habe sehr zahlreich ihre Teilnahme zugesagt. Gerlach schlug vor, unsere Mitglieder aufzufordern, das Deutschlandtreffen durch Bereitstellung von Transportmitteln, Ausrüstungsgegenständen usw. zu unterstützen. Eine entsprechende Entschließung des Beirates wurde einstimmig verabschiedet.

Auch zur Frage der Volljährigkeitsgrenze faßte der Beirat eine Resolution. Er begrüßte den in einem Brief an die FDJ gemachten Vorschlag der Parteileitung zur Herabsetzung der Volljährigkeit und gab seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß der Zentralrat der FDJ dazu bis zur Stunde noch keine Stellungnahme abgegeben hat.¹⁷⁹

Auf Vorschlag Gerlachs wurde ein „engerer Jugendbeirat“ gebildet, der bei plötzlich auftretenden dringenden Fragen schnell zusammengerufen werden kann. Einstimmig wurde beschlossen, die Parteileitung um Einstellung eines Jugend- und Studentensekretärs zu bitten und für diese Position Parteifreund K. aus Stendal vorzuschlagen.¹⁸⁰

Sonnabend, den 11. März 1950

Ich habe mich heute für einen Lehrgang an der Deutschen Verwaltungsakademie in Forst Zinna beworben. Die Unterlagen, Personalbogen, Lebenslauf etc. erhält die Landesleitung, die diese mit einer Beurteilung von Koerber an die Akademie weiterleiten soll.¹⁸¹ Damit wäre der erste Schritt getan, um die von Koerber und auch von mir gewünschte Trennung vom Landesverband einzuleiten.

Bei der gestrigen Sitzung des Landesjugendbeirates tagten zum ersten Male unsere Fachkommissionen. Die eine sprach sich dafür aus, die mit gesellschaftspolitischen Aufgaben überhäuften Lehrer dadurch zu entlasten, daß künftig *alle* Lehrer, auch die älteren, solche politischen Verpflichtungen übernehmen müssen. Die andere Kommission gab Empfehlungen für die Behandlung der Themen Jugendgesetz und Pfingsttreffen der FDJ in Mitgliederversammlungen der Parteiverbände. Auch sonst fehlte es an politisch brisanten Meinungsäußerungen. Koerber, der diesmal nicht erschienen war, hätte sicher seine Freude an unserer „Bravheit“ gehabt.

Am Montag geht's nach Behrendorf auf die Parteischule. Fast zwei Wochen werden ca. 30 junge Parteifreunde aus allen Landesverbänden mit den verschiedensten Bereichen der Politik vertraut gemacht. Das vom Zonenjugendbeirat ausgearbeitete Programm verspricht einen interessanten und informativen Lehrgang.¹⁸²

Stadtverordneter in Potsdam – Der politische Druck nimmt zu

Dienstag, den 28. März 1950

Heute nachmittag im Stadtparlament meine „Jungferrede“. Ich war von der Fraktion ausersehen, zu Tagesordnungspunkt 3: „Maßnahmen zur Vorbereitung des Deutschlandtreffens der Jugend“ zu sprechen. Nachdem ein Vertreter der FDJ in der gewohnten Weise lange Ausführungen zu diesem Thema gemacht und die SED, die CDU u. a. dazu Stellung genommen hatten, sprach ich etwa fünf Minuten. Zu den Maßnahmen äußerte ich mich nicht, sondern lediglich zu dem von der LDP-Fraktion gewünschten Verlauf und Ergebnis des Pfingsttreffens sowie dessen mögliche Bedeutung für die Einheit Deutschlands. Nach der Wahl Gerigks zum Bürgermeister trafen sich die Fraktionen anschließend zu einem bis etwa 21 Uhr dauernden Parlamentarischen Abend.

Sonntag, den 1. April 1950

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die SKK:

„Im Vordergrund des Interesses stehen bei der Bevölkerung die Herbstwahlen im Oktober 1950. Durch den Einsatz der fortschrittlichen Kräfte ist es gelungen, immer weitere Kreise von der Notwendigkeit und Richtigkeit eines gemeinsamen Wahlprogramms zu überzeugen.¹⁸³ Beunruhigung riefen lediglich die von westlicher Seite böswillig ausgestreuten Gerüchte hervor, daß diese Wahl im Rahmen einer Einheitsliste durchgeführt werden solle ...¹⁸⁴

Das Pfingsttreffen der FDJ findet überall Beachtung und wird in seiner Bedeutung richtig gewürdigt. Leider haben einzelne FDJ-Funktionäre durch unüberlegte Äußerungen, die zweifellos keinesfalls im Sinne des Zentralrats sind, ein zu Mißverständnissen Anlaß gebendes Bild von der Zielsetzung und dem Ablauf dieses großen Friedentreffens gegeben, so daß eine gewisse Besorgnis unter der Bevölkerung hervorgerufen wurde ...¹⁸⁵

Mittwoch, den 5. April 1950

Gestern nachmittag mit von Koerber nach Forst zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Kreisverbandes im ehemaligen Schützenhaus. Als wir gegen 8 Uhr dort eintrafen, waren in dem nur spärlich erleuchteten großen Saal von den mehr als 700 Mitgliedern vielleicht ein Siebentel versammelt. Funktionäre des Kreisvorstandes hatten uns beim vorangegangenen gemeinsamen Abendessen im „Hotel Textil“ auf eine miese Stimmung vorbereitet. Der langjährige, sehr beliebte Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Tietze hatte jüngst seine sämtlichen Parteiämter niederlegen müssen, weil er sich weigerte, in der Nationalen Front aktiv mitzuarbeiten. Außerdem soll T. auf einer Arbeitstagung der Partei in Cottbus Prof. Kastner scharf attackiert haben.

Koerber, der die Leitung der Versammlung übernahm, sprach zunächst etwa eine halbe Stunde, immer wieder von Zwischenrufen unterbrochen. Er begann mit einer kurzen Begründung der Blockpolitik und ging dann sofort zum eigentlichen Thema, dem „Fall Tietze“, über. K. gab sich auch hier – wie seinerzeit beim Fall Hein – wieder als der stets geduldige Mahner und Warner, auf den man leider nicht gehört habe, bis es dann zu spät gewesen sei. Er habe persönlich nichts gegen T., aber er müsse tun, was die Politik des Landesverbandes und der Parteileitung fordere. Er wisse, daß die Erschütterung der Ortsgruppe groß sein werde. Doch vertraue er den „positiven und opferbereiten Kräften“, daß sie wegen Tietze nicht die Partei, die Weltanschauung und die politische Arbeit aufgeben werden. „Sonst gibt es für die Partei hier keine Zukunft mehr!“.

Als Koerber dann noch einmal die Politik der Partei zu begründen versuchte, begannen die Parteifreunde im Saal unruhig zu werden. Koerbbers Feststellung, die Schwierigkeiten in Forst und das Unrecht, „das hier und da geschehen ist“, seien nur örtlich bedingt und hätten nichts zu tun mit der Stellung der LDP, veranlaßte einen Zwischenrufer zu der Frage:

„Denkt die SED auch so, Herr Minister?“ Koerber: die SED sei eine dogmatische Partei. Zwischenruf: „Der sich alle anderen unterwerfen müssen!“ Koerber: andere Kreise hätten nicht solche Schwierigkeiten wie Forst. Zwischenruf: „Da sitzen eben keine Kämpfer!“ Koerber: man dürfe nicht aufgeben, weil hier Schwierigkeiten aufgetreten seien. Zwischenruf: „Vielleicht kommen Sie mal her und arbeiten acht Tage mit der SED“ (Gelächter). Koerber: diese Äußerung zeige, daß sie nicht die richtige Einstellung zu den Dingen hätten. Zwischenruf: „Wer sich hier nicht führen läßt, wird unterdrückt!“ Koerber: er würde gern einmal acht Tage hierher kommen. Zwischenruf: „Dann hätten wir sicher einen großen Zuwachs!“ (Gelächter)

In diesem Stil ging es noch eine ganze Weile weiter. Koerber ließ sich jedoch nicht aus dem Konzept bringen – und das im schummrigen Licht kaum erkennbare Publikum nicht davon abhalten, seinem Herzen einmal so richtig Luft zu machen.

Dann begann die Aussprache. Der erste Funktionär des Kreisverbandes, der sich zu Wort meldete, hob zwar die Verdienste von Tietze hervor, wies aber zugleich die Zwischenrufer mit dem Bemerken zurück, es sollten mal die aufstehen, die bisher in der LDP mitgearbeitet hätten. Es gäbe in Forst doch eigentlich nur Beitragszahler. Sie seien selbst schuld, wenn man ihren Parteifreund abgeschossen habe. Man dürfe nicht immer nur „Holzhammerpolitik“ betreiben.

Das nächste Vorstandsmitglied zeigte sich „angenehm überrascht“, daß zum ersten Male aus der Versammlung heraus in das eingegriffen werde, was von oben zu hören ist. Keiner habe bisher Mitarbeit leisten wollen, Tietze habe mit wenigen Mitarbeitern alles allein gemacht. Er habe vergeblich um Unterstützung gebeten. Darum habe auch die Ortsgruppe keine Schlagkraft. Die Stellungnahme Koerbers decke sich zwar nicht hundertprozentig mit seiner Auffassung, aber er müsse doch feststellen, daß nicht der Vorstand, sondern die Mitglieder Herrn Tietze im Stich gelassen hätten. Man werde aber T. „als Mensch die Treue halten“.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurden Koerber eine Fülle von Fragen gestellt, u. a. nach einer Einheitsliste am 15. Oktober, nach der Zukunft der LDP, nach der Aufwertung der Konten für Ostflüchtlinge. Koerber antwortete, daß über die Art der Durchführung der Wahlen noch nicht endgültig beschlossen sei. Es sei aber die Frage, ob man überhaupt als Partei bei einer Wahl die Stimmen von Leuten begrüßen könne, die uns nur wählen, um Opposition zu treiben. Ob die Partei leben solle oder nicht, das habe Schollwer bereits ausführlich beantwortet.¹⁸⁶ Zur Frage der Ostflüchtlinge und zum Lastenausgleich sei zu sagen, daß ein diesbezügliches Gesetz der Regierung bereits vorgelegen habe. Es sei aber wegen der schwierigen Finanzlage noch nicht verabschiedet worden und auch mit Rücksicht darauf, daß man diese Frage möglichst im gesamtdeutschen Maßstab lösen möchte.

Auf einen Zwischenruf hin macht Koerber bekannt, daß Tietze versprochen habe, auch sein Landtagsmandat noch niederzulegen. Ob nach den Volkskammerwahlen mehr Parteifreunde im Parlament sitzen werden? Er nehme es an. Am Mittwoch tage der Führungsausschuß der Parteileitung¹⁸⁷, dort werde man das Ergebnis der letzten Verhandlungen mit den anderen Parteien über die Wahlen hören.¹⁸⁸

Dienstag, den 11. April 1950

Unter der Osterpost zwei Briefe mit recht unterschiedlicher Tendenz. Der Kreisverband Luckenwalde bot mir die Stelle eines Kreissekretärs an („Wir erfuhren von befreundeter Seite, daß Sie die Absicht hätten, Ihre Stellung zu wechseln“). Und ein Anonymus aus Westberlin appellierte an meine „Anständigkeit und Sauberkeit“; er forderte, „passiven Widerstand gegen das System der Versklavung und Verelendung unseres Volkes“ zu leisten und mich in die „Front der stillen, aber aktiven Kämpfer für die Freiheit und Einheit unseres Volkes“ einzureihen. Dieser handgeschriebene Brief, „in Namen einer Anzahl junger Menschen“, die mich schon seit fast vier Jahren kennen wollen, trägt die Unterschrift „Freiheit“. Anlaß für diesen anonymen Brief – wovor haben die in Westberlin eigentlich Angst – ist das Deutschlandtreffen der FDJ und deren angebliche Absicht, „Berlin durch uniformierte Marschkolonnen zu überrennen“.

Den Luckenwalder Parteifreunden werde ich absagen müssen, ich habe mich ja schon anders entschieden. Den anonymen Brief aus Berlin brauche ich gottlob nicht zu beantworten. Ohnehin zeigt mir sein Inhalt, daß diese Leute keine Ahnung haben, wie es hier zugeht. Oder sie haben es inzwischen wieder vergessen, seitdem sie die Zone verließen?

Donnerstag, den 13. April 1950

Heute am späten Vormittag suchte uns in der Landesleitung eine vierköpfige Delegation aus Cottbus heim. Sie forderte den sofortigen Parteiaus-schluß unserer Cottbuser Funktionäre R., K. und Dr. M. Anstelle des wieder einmal abwesenden Herrn von Koerber empfing Mühlmann die Gruppe: einen NDP-Mann, der zugleich den FDGB vertrat, die Delegation leitete und das Wort führte; einen mir unbekannten LDP-Funktionär als Vertreter der Stadtverwaltung sowie zwei SED-Leute von der Reichsbahn und von der Kammgarntuchfabrik als „Vertreter der Werktätigen“.

Die Herren traten sehr forsch auf und kamen sofort zur Sache. Bürgermeister Reinhold habe sich gegen den Haushaltsplan gewandt und seine Fraktion bewußt irregeführt, sagte der NDP-Mann. Außerdem habe R. den Volkswirtschaftsplan für Cottbus vier Wochen lang unter Verschuß gehalten, ohne ihn den Ratsmitgliedern zu zeigen. Das nun sei offensichtlich „Sabotage“. Die Cottbuser Einwohnerversammlung habe darum die

Delegation beauftragt, sich beim Landesvorstand darüber zu informieren, welche Schritte dieser gegen die „Reaktionäre“ zu unternehmen beabsichtige bzw. bereits unternommen hätte.

Mühlmann beteuerte, wir seien erst durch die Presse am Gründonnerstag über die Vorgänge in Cottbus unterrichtet worden. Daraufhin habe man die Beschuldigten zu einer Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes am Ostersonnabend nach Potsdam eingeladen.¹⁸⁹ Die Herren K. und M. seien dort erschienen, Reinhold indessen nicht, obwohl man ihn darauf aufmerksam gemacht habe, daß man ihn im Falle seines Nichterscheinens aus der Partei ausschließen werde. Inzwischen seien sämtliche Herren von ihren Parteiämtern suspendiert worden. Am 15. April werde das Parteigericht zusammentreten und er – Mühlmann – könne schon jetzt versichern, daß der Spruch den Wünschen der Cottbuser Bevölkerung gerecht werden würde.¹⁹⁰

Der LDP-Mann legte uns daraufhin eine von der Einwohnerversammlung in Cottbus angeblich einstimmig angenommene Resolution gegen die LDP-Funktionäre vor und behauptete, im Block habe volle Einmütigkeit darüber bestanden, die Beschuldigten aus der LDP zu entfernen. Mühlmann versicherte erneut, daß das Parteigericht „rücksichtslos gegen Saboteure und Reaktionäre“ vorgehen werde und versprach, den Kreisvorstand des FDGB sofort nach Beendigung der Parteigerichtsverhandlung telegraphisch über das Resultat der Sitzung zu unterrichten. Bis dahin möchte man jedoch auf weitere Presseveröffentlichungen verzichten.

Jetzt mischte sich auch einer der SED-Vertreter ein und verlangte, die LDP solle nicht nur ihre Mitglieder in Cottbus über die Vorgänge aufklären, sondern auch entsprechende Schlußfolgerungen ziehen. Man dürfe nicht zulassen, daß die drei LDP-Funktionäre aus der Partei austräten; sie müßten unter allen Umständen ausgeschlossen werden, damit sie nicht Mitglied einer anderen Partei werden könnten. Mühlmann versprach, diese Wünsche ebenfalls zu berücksichtigen und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß nach einer Bereinigung dieses Vorfalles eine gute Zusammenarbeit der Parteien möglich werde. Die Herren erklärten sich mit dem Gehörten vorerst zufrieden und zogen ab.

Auf einer außerordentlichen Tagung des Landeskommission „Wir bauen auf“ am Mittwoch vormittag in der Potsdamer Konsum-Gaststätte, an der u. a. auch die Landräte und Oberbürgermeister unseres Landes teilnahmen, gab ein Vertreter des Zentralausschusses der Volkssolidarität Zahlen über die bisherigen Leistungen der Hilfsaktion seit ihrer Gründung im Jahr 1948 im Land Brandenburg bekannt.¹⁹¹ Danach haben in vier Großeinsätzen und 1500 normalen Einsätzen 621 886 Teilnehmer 2 352 333 Arbeitsstunden geleistet. Inzwischen hat es offenbar große Schwierigkeiten gegeben. Teilweise sei bei dieser Aufbauaktion Zwang angewendet worden. Lohn- und Gehaltsempfänger wurden z. B. in Forst zur Kasse gebeden. Im Kreis Teltow mußten die Leute beim Abholen ihrer Lebensmittel-

karten Teilnehmerausweise der Hilfsaktion vorzeigen. Dabei seien nur freiwillige Spenden statthaft.

Am Nachmittag, auf der Sitzung des Kreisblocks, wurde der Termin für eine neue gemeinsame Funktionärskonferenz der Blockparteien in Potsdam festgelegt. Am 28. d. M. soll sich diese Konferenz mit dem Thema „Gemeinsame Wahlvorbereitungen“ beschäftigen.¹⁹²

Freitag, den 14. April 1950

Heute vor fünf Jahren wurde das alte Potsdam vernichtet. Auf der Sitzung des Ausschusses für Kulturpolitik am Vormittag im Landtag gedachte Weirich dieses Tages mit folgenden Worten: „Für das schöne Potsdam, das einmal Residenz, Produktionsstätte und Knotenpunkt war, bedeutete der Luftangriff an diesem Tage, nach der bereits vollständigen Niederlage des Reiches im April 1945 einen schwarzen Tag. Die Zerstörung der heutigen Landeshauptstadt stellt uns die Kulturbarbarei vor Augen, das Kriegsverbrechen, das nie wieder geschehen darf. In dem bereits vollzogenen Wiederaufbau haben wir gezeigt, die neue Entwicklung begriffen zu haben.“

Am Nachmittag trat die Stadtverordnetenversammlung zu einer Sondersitzung im Reichbahnausbesserungswerk zusammen. Oberbürgermeister Paul sprach zur „Wiederkehr der sinnlosen Zerstörung Potsdams durch amerikanische Bomber“.¹⁹³

Der Kulturpolitische Ausschuß produzierte eine Fülle von Anträgen und Vorschlägen bei nur relativ schwacher Besetzung. Unter anderem wurde beschlossen, daß die politische Beurteilung von Lehrern bei Einstellung und Entlassung nicht – wie geschehen – allein durch die SED-Kreissekretariate erfolgen dürfe, sondern durch den Kreisausschuß der Nationalen Front, damit die LDP auch beteiligt ist. Der Ausschuß wandte sich gegen die sich immer mehr ausbreitende Methode untergeordneter Schulbehörden, bei Lehrern und Schülern eine eindeutig marxistische Einstellung vorauszusetzen bzw. anzustreben. In diesem Zusammenhang berichtete Parteifreund H., daß man bei den größeren Mädchen an den Schulen, trotz wiederholter Aufforderungen und Aussprachen, Widerstände und Hemmungen gegen den Eintritt in die FDJ feststellen müsse. Karl M. gab Zahlen über den Lehrermangel im Lande Brandenburg bekannt. Allein im Kreise Luckenwalde fehlten 100 Lehrer, im Lande insgesamt 800. Dabei sei die Abwanderung aus dem Lehrerberuf nach wie vor sehr stark. Ich wies in meinem Referat über „Die Verwirklichung der Jugendgesetzes“ darauf hin, daß nur noch die FDJ berechtigt sei, in allen die Jugend betreffenden Fragen tätig zu werden. Wenn wir uns hier einschalten wollten, sei es erforderlich, daß alle jungen LDP-Mitglieder der FDJ beiträten.

Freitag, den 28. April 1950

Die zweite Funktionärskonferenz der Blockparteien am späten Nachmittag stand unter dem Thema „Gemeinsame Wahlvorbereitungen und ein gemeinsames Wahlprogramm“. Diesmal hatte die LDP den Referenten zu stellen, der Kreisverband schlug mich vor. Ich sprach etwa 40 Minuten, darauf bedacht, wohlverpackt in viele den Kommunisten angenehm klingende Formeln Kritik an der SED-Politik zu üben. Eine Absage an den Kampf zwischen den Weltanschauungen und die gegenseitigen Beschimpfungen der Deutschen in Ost und West, die Forderung nach Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Blockparteien, nach fairer Auseinandersetzung bei Meinungsverschiedenheiten, ein Plädoyer für eine freie Abstimmung am 15. Oktober und für die Verteidigung liberaler Verfassungsprinzipien – das alles war sorgfältig auf das ganze Referat verstreut, zuweilen wohl etwas doppeldeutig formuliert. Über eine Einheitsliste im Oktober verlor ich kein Wort. Der Beifall von allen Seiten ließ jedoch Zweifel an der Wirksamkeit dieses Verfahrens aufkommen. Ich bin auf die morgige Berichterstattung der Presse gespannt.¹⁹⁴

In der Diskussion, an der sich u. a. Oberbürgermeister Paul, sein Vertreter Gerigk und der derzeitige (SED-)Vorsitzende des Blocks, Gans, beteiligten, wurden die unterschiedlichsten Themen angeschnitten. Einer stellte fest, daß die Schaffung der Oder-Neiße-Linie die Schuld des Westens sei. Ein anderer beklagte sich darüber, daß bei den Aufklärungssonntagen fast immer nur SED-Mitglieder unterwegs wären.¹⁹⁵ Paul warb für sein Wohnungsbauprogramm, Gerigk machte sich für die Aufstellung gemeinsamer Wahllisten stark. Und der Genosse Gans verpflichtete alle Blockfunktionäre, die Einwohner Potsdams über „das große Ziel“ des gemeinsamen Wahlprogramms am 15. Oktober aufzuklären. Befriedigt ging alles nach etwa 2 Stunden auseinander.

Interessant sind jüngste Pressemeldungen über das Verhältnis zwischen der westdeutschen Bundesregierung und ihren Besatzungsmächten. Vor einer Woche erhoben die Alliierten Einspruch gegen ein von der Bundesregierung verabschiedetes Einkommensteuergesetz. Nach einer Meldung der „Welt“ vom 24. April erklärte Dr. Adenauer auf dem CDU-Landesparteitag in Bad Ems dazu am Wochenende, man müsse sich jetzt die Frage stellen, „lohnt es sich noch, wenn wir, die wir die Verantwortung übernommen haben, in solcher Weise behandelt werden“. Adenauer, der zum Zeitpunkt des Einspruchs in Westberlin war, um uns, den Zonenbewohnern, Mut zuzusprechen, erklärte in Bad Ems, die Alliierten hätten mit ihrem Einspruch in dem Augenblick, in dem er in Berlin der deutschen Bevölkerung der Ostzone eine „Botschaft der Freude“ bringen wollte, das demonstriert, was die Sowjetpresse täglich über die Bundesregierung schreibe: nämlich, daß sie absolut abhängig und nicht frei sei. Es seien, so der Kanzler laut „Welt“, Stimmen laut geworden, die den Alliierten die Ver-

antwortung für das Geschehen in Deutschland überlassen und sich auf deutscher Seite auf eine beratende Versammlung beschränken wollten. Denen da drüben geht es offenbar mit ihren Besatzungsmächten auch nicht viel besser als uns mit der unseren.

Übrigens: In der vergangenen Woche habe ich mich, nach einem längeren Gespräch mit Parteifreund O., um Einstellung in die Versicherungsanstalt des Landes Brandenburg beworben. Für den Fall, daß aus Forst-Zinna nichts werden sollte, was ich fast annehme.¹⁹⁶

Gestern Wahl zum Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses im Potsdamer Stadtparlament.

Dienstag, den 2. Mai 1950

Auf der heutigen dreistündigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurden neueste Zahlen über die Wohnungssituation in Potsdam bekanntgegeben. Unsere Stadt hatte am 31. März 126 500 Einwohner und 31 423 Wohnungen. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person beträgt zur Zeit 10,6 qm. 39% der Wohnungen bestehen aus 1½ bis 2 Zimmern, 24% aus 2½ bis 3 Zimmern. Lediglich 0,5% der Wohnungen sollen heute nur noch bedingt bewohnbar sein. Offenbar legt die Stadtverwaltung hier keinen sonderlich hohen Maßstab an.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, drei „hervorragenden Wissenschaftlern“ für die Errichtung von Eigenheimen Bauparzellen im Brauhausberggelände zuzuweisen. Es sind die Schriftsteller Eduard Claudius und Prof. Dr. Haalck sowie der Hauptabteilungsleiter im Ministerium des Inneren der DDR, Dr. Korfes. Die Bevorzugten wurden von der Landesstelle des Förderungsausschusses für hervorragende Wissenschaftler ausgewählt. Mit den Bewerbern werden Erbbauverträge für die Dauer von 99 Jahren abgeschlossen. Die Grundstücke sind ca. 1200 bis 1400 Quadratmeter groß. Der Erbbauzins liegt bei 25 bis 40 Pfennigen pro Quadratmeter und Jahr.

Freitag, den 12. Mai 1950

Im Mittelpunkt lebhafter Diskussionen stand auf der heutigen Arbeitstagung der Funktionäre des Landesverbandes Brandenburg im Landtag die gemeinsame Kandidatenliste für den 15. Oktober. Die Berichte der Kreisvorsitzenden aus ihren Verbänden deuten darauf hin, daß die Zustimmung der Parteiführung zur Einheitsliste von den meisten LDP-Mitgliedern nicht verstanden wird. Ich hatte erst am vergangenen Wochenende auf einer Kreisdelegiertentagung in Bad Freienwalde Gelegenheit, mich über die Stimmung draußen im Lande zu informieren. Nach meinem Referat über die Oktoberwahlen war es zu einer überaus heftigen Aussprache gekommen, in der die Politik der Partei z. T. scharf verurteilt wurde. Der

alte Kreisvorsitzende Andreas Kuntze und ich hatten große Mühe, die aufgebrauchten Parteifreunde von unüberlegten Schritten abzuhalten.

Heute zeigte sich nun, daß die Situation in den anderen Kreisverbänden offenbar nicht viel anders ist. Einer der Kreisvorsitzenden führte die Ablehnung einer gemeinsamen Wahlliste auf die „tyrannische Arbeit“ einzelner SED-Bürgermeister zurück. Außerdem befürchteten seine Parteifreunde, daß die SED durch eine gemeinsame Liste weiter Oberhand in der Personalpolitik gewinnen werde. Der Vorsitzende von Zauch-Belzig meinte, die Mitglieder seien durch „Gerüchte“ über eine Einheitsliste vor den Kopf gestoßen worden. Komme diese Liste, so sehe er schwarz für die Partei. Er schlage vor, unter den Mitgliedern eine Abstimmung darüber herbeizuführen, ob diese eine Einheitsliste wollten oder nicht. Ernst Christensen warf die berechnete Frage auf, wer denn eigentlich Interesse an einer gemeinsamen Liste haben könne. „Wie kommt es, daß wir uns auf diesen Vorschlag sofort einlassen und darüber diskutieren?“

Andere bereiteten jedoch ihr Einschwenken auf den Einheitslistenkurs vor. Kurt M. (Frankfurt) tröstete sich mit der sehr theoretischen Frage, ob es uns denn wirklich lieb sein könnte, wenn wir 70 bis 80% der Stimmen bekämen und dann ohne die SED regieren müßten. Wir hätten doch gar nicht die Leute, um die Verantwortung zu übernehmen. Ein anderer war der Meinung, daß eine echte Parteienwahl uns keinen großen Nutzen bringen würde, weil sie zur Zersplitterung führe und doch kein wirkliches Stimmungsbarometer darstelle. Die Kreisvorsitzende von Luckau dagegen berichtete, sie habe bisher den von der SED gestellten Antrag auf eine Einheitsliste abgelehnt, weil sie auf eine Anweisung der Parteiführung warte.

Dr. Hamann, der an der Arbeitstagung teilnahm und die Berichte der Kreisvorsitzenden aufmerksam verfolgt hatte, ging in seinem anschließenden Referat: „Die LDP und die Vorbereitung des gemeinsamen Wahlprogramms“ zunächst auf Christensens Frage ein und wies auf die grundsätzliche Veränderung der politischen Verhältnisse während des letzten Jahres hin. „Was wir befürchtet haben, ist Tatsache geworden, daß nämlich aus den Besatzungszonen zwei deutsche Staaten geworden sind: dort die Deutsche Bundesrepublik und hier die Deutsche Demokratische Republik.“ Das westdeutsche Parteienleben laufe auf Weimarer Kurs mit den gleichen Risiken wie damals. Man müsse erkennen, daß dort nichts Neues hinzugekommen und „ohne Zweifel etwas krank“ sei. Wenn man einen neuen Weg suche, müsse man sich unter Umständen über die Auffassungen der möglicherweise unmaßgeblichen Volksmeinung zu einer neuen Entwicklung hinwegsetzen. Der Einwand, die beabsichtigte gemeinsame Kandidatenliste wäre ein glatter Verstoß gegen die Verfassung, treffe nicht zu. Denn wenn die die Verfassung tragenden Parteien in gegenseitiger Vereinbarung zu einer Verständigung hierüber kämen, „dann kann von einem Verfassungsbruch nicht gesprochen werden“. In unserem Eisenacher Pro-

gramm hätten wir uns lediglich gegen ein Einparteiensystem gewandt, und davon sei bei den Wahlvorschlägen keine Rede.

Nun behaupteten einige, wir würden bei diesem Verfahren übervorteilt. „Glauben Sie, daß die Mitglieder und Funktionäre die Nerven hätten, unter den heutigen Bedingungen in die Opposition zu gehen?“ Im übrigen falle die Entscheidung erst am kommenden Dienstag.¹⁹⁷ Die LDP verlange, daß das Wahlprogramm die gesamte künftige Gestaltung unseres Staatslebens und ein „sauberes Verhältnis zwischen den politischen Kräften“ genau festlege. Auch die SED habe Angst vor dem „Einheitsbrei“. Wir müßten aber auch bedenken, daß die LDP bisher in 22 Kreistagen und 9500 Landgemeinden überhaupt nicht vertreten sei.

Die Ausführungen Hamanns riefen neue Diskussionen hervor, freilich nun unter Ausklammerung des Themas Einheitsliste. Überzeugt hatte der Parteivorsitzende die Brandenburger Parteifreunde offensichtlich nicht, allenfalls ein wenig nachdenklich gemacht. Ein Kurzreferat des Herrn von Stoltzenberg, der ebenfalls an der Arbeitstagung teilnahm, wurde diesmal nicht so negativ aufgenommen wie seinerzeit am 15. Dezember.

In einer einstimmig angenommenen EntschlieÙung billigte die Arbeitstagung die Ausführungen Hamanns und vertrat die Ansicht, „daß nur ein gemeinsames Vorgehen aller politischen Kräfte in der DDR die Aufgaben der Zukunft lösen kann ... Die LDP-Mitglieder setzen in die Parteileitung das Vertrauen, daß sie die Selbständigkeit der LDP wahren und zugleich die geeigneten Maßnahmen treffen wird, um in enger, ehrlicher und klarer Zusammenarbeit mit den anderen Parteien und Organisationen im Zentralen Block die Frage eines gemeinsamen Wahlprogramms und gemeinsamer Wahlvorschläge zu lösen.“

„Parteischädigendes Verhalten“ – Fristlose Kündigung und Flucht nach Westberlin

Montag, den 22. Mai 1950

Die Parteiführung hat noch immer Illusionen. Hamann durchschaut offenbar die Absichten der SED nicht oder will sie nicht durchschauen. Anders sind seine Ausführungen auf der heutigen Tagung der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der LDP in der Nationalen Front nicht zu verstehen. Die Sitzung war von der Parteileitung für 9.30 Uhr nach Berlin in das Haus des Volksrates in der Mauerstraße einberufen worden. Im sogenannten Steinsaal hatten sich etwa 35 bis 40 Parteifreunde aus allen Landesverbänden und der Parteileitung versammelt, um „die Probleme der

LDP und die Nationale Front“ zu diskutieren, über die der Parteivorsitzende zuvor referierte. Er und später auch Stempel malten ein m. E. allzu rosiges Bild der Einstellung Westdeutscher zur Nationalen Front. Hamann sprach insbesondere von wachsender Bereitschaft westdeutscher Wirtschaftskreise zur Zusammenarbeit mit der DDR. Stempel, der gerade von einer Informationsreise nach Westdeutschland zurückgekehrt ist, zeigte sich tief beeindruckt von der angeblich immer breiter werdenden Zustimmung der dortigen Bevölkerung zu unserer Einheitspolitik.

Die Ausführungen Hamanns zu den Wahlen im Oktober brachten keine Neuigkeiten. Er sprach trotz des Blockbeschlusses vom vergangenen Dienstag von „Vorverhandlungen“ über eine Einheitsliste und meinte, daß trotz gemeinsamer Liste keine Partei daran denke, ihr Eigenleben aufzugeben (die SED bestimmt nicht!). Das gemeinsame Wahlprogramm werde die Arbeit aller Parteien sein, denn die vollkommen neue Phase der politischen Entwicklung könne nicht von den Wünschen einer Gruppe allein bestimmt werden. Hamann schloß seine Ausführungen mit einem Appell an die Anwesenden, so zu arbeiten, daß das Verständnis für diese Entwicklung in der Bevölkerung und in der Partei Fuß fasse. Es gelte Vertrauen zu schaffen und das Mißtrauen zu beseitigen.

In der Diskussion gab es manche kritische Stimme zur SED-Politik. Ich wies an Hand von Zeitungsartikeln insbesondere auf die Taktik der Einheitspartei zur Überrumpelung der bürgerlichen Kräfte hin. Hamann versuchte alle Einwände zu bagatellisieren.

Dienstag, den 23. Mai 1950

Am Rande der heutigen Sitzung des Jugendbeirates in Berlin sprach mich Flatau auf meinen gestrigen Diskussionsbeitrag an. Er machte einige ironische Bemerkungen; er schien meine Äußerungen für inopportun, wenn nicht für unklug zu halten.

Der Beirat bereitete einen weiteren Jugendlehrgang in Behrendorf vor und beschäftigte sich erneut mit dem Deutschlandtreffen der FDJ. Eine Begrüßungsadresse wurde erarbeitet, die am 25. Mai im „Morgen“ erscheinen soll. Das schon in den vergangenen Sitzungen erörterte LDP-Jugendtreffen blieb nach erneuter Diskussion unentschieden. Der Landesverband Sachsen unterbreitete zwar einen Vorschlag für ein solches Treffen Ende Juli in Leipzig. Aber die Finanzierung ist nach wie vor ungelöst. Für eine Sondernummer der LDP-Informationen, die sich mit Jugendfragen beschäftigen soll, wurde auf Vorschlag Flatau ein Redaktionsausschuß gebildet.

Am Nachmittag im Stadtparlament wurde dem Antrag des Amtes für Volksbildung zugestimmt, der Gemeinde der Nikolaikirche anläßlich des 100jährigen Jubiläums am 24. März 1950 zwei religiöse Bilder zum Geschenk zu machen, die wahrscheinlich aus früherem Kirchenbesitz stam-

men und sich zur Zeit im Städtischen Museum befinden. Vor allem aber beschloß die Stadtverordnetenversammlung die Eingemeindung von Caputh, Wilhelmshorst, Götting, Alt-Töplitz, Neu-Töplitz und Leest in den Bereich des Stadtkreises Potsdam und vergrößert damit die Einwohnerzahl unserer Stadt um 7300 Bürger.

Donnerstag, den 25. Mai 1950

Die Tagung vom 22. Mai in Berlin hat für mich offenbar doch ernstere Folgen. Heute vormittag in der Landesleitung berichtete mir Steffen über Gespräche mit Stempel und Flatau. Diese Parteifreunde hätten sich sehr negativ über meinen Diskussionsbeitrag am Montag geäußert. Stempel soll dabei die Ansicht vertreten haben, ich hätte mit meinen Ausführungen alles wieder kaputtgemacht, was die Parteiführung viele Monate hindurch mühsam an einheitlichen Positionen der LDP in dieser Frage der Nationalen Front aufgebaut habe.

Am Abend, auf dem Kreisdelegiertentag im Stadtparlament, wurden die Vorstandswahlen wegen der Vorgänge am Montag in Berlin verschoben; der Kreisvorstand hatte mich als neuen Vorsitzenden des Verbandes vorgeschlagen. Nur mein Referat, in dem ich meine Auffassungen von liberaler Politik in dieser Zeit darstellte, durfte ich halten. Wird das meine letzte Rede gewesen sein?¹⁹⁸

Dienstag, den 30. Mai 1950

Heute ein Brief Mühlmanns vom 27. d. M.: „Wie mir kurz vor der letzten Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Potsdam von Herrn Steffen mitgeteilt wurde, haben von Ihnen gemachte Äußerungen auf der Tagung der Referenten der Nationalen Front der LDP in Berlin am 22. Mai 1950 bei der Parteileitung Anstoß erregt.“ Mühlmann bittet umgehend um einen Bericht. Grußformel fehlt, nur Unterschrift. – Ich habe noch heute den gewünschten Bericht niedergeschrieben und Mühlmann zugeleitet.¹⁹⁹ Er wird daraus erkennen können, daß ich nichts „Anstößiges“ gesagt habe. Wie zur Untermalung dieses Vorganges haben Steffen und Mühlmann heute ein Rundschreiben an alle Kreisverbände und größere Ortsgruppen versandt, in dem die Parteifreunde erneut zu „intensiver Mitarbeit in der Nationalen Front“ verpflichtet werden.²⁰⁰

Mittwoch, den 31. Mai 1950

Zwischendurch ein Blick nach draußen, auf Ereignisse außerhalb des Landesverbandes. Die Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten haben in den vergangenen Monaten weiter zugenommen. Auch das Auseinanderleben der Westzonen und der Ostzone macht schlimme Fortschritte. Die westdeutsche Bundesregierung gerät immer mehr ins

Schlepptau der Anglo-Amerikaner. Westdeutschlands Eintritt in den sogenannten Europarat macht es faktisch zu einem – wenn auch keinesfalls gleichberechtigten – Bundesgenossen der Westmächte gegen die Sowjetunion. In der derzeitigen „Deutschen Demokratischen Republik“ vollzieht sich eine ganz ähnliche Entwicklung, wenn auch mit umgekehrtem Vorzeichen. Die Einbeziehung in den Ostblock und die Errichtung einer Diktatur des Proletariats werden immer schneller und rücksichtsloser vorangetrieben. Seit Beginn des Jahres hat die SED ein wahres Kesseltreiben gegen bürgerliche Politiker in der Ostzone veranstaltet. Die Liquidierung des „Klassenfeindes“ erfolgte stets nach dem gleichen Schema. Es beginnt mit einer Attacke in der SED-Presse gegen das von den Kommunisten ausgewählte Opfer. Dann kommen die „spontanen“ Resolutionen von Betriebs- und Einwohnerversammlungen. Schließlich, falls der LDP- oder CDU-Funktionär dann noch immer nicht seine Ämter niedergelegt oder das Weite gesucht hat, wiederum „spontane“ Protestkundgebungen auf Straßen und Plätzen. Dabei treibt man oft auch völlig ahnungslose Menschen aus den umliegenden Ortschaften zusammen, damit diese für die von der SED veranstalteten Kundgebungen die tobende Kulisse abgeben und bei der Abstimmung über die von der SED eingebrachten Resolutionen die Hände heben können.

LDP und CDU mußten auf diese Weise in den letzten Monaten erhebliche Verluste an Parteifunktionären hinnehmen. Der Landesverband Brandenburg der LDP verlor in dieser Zeit zehn seiner insgesamt 29 Kreisvorsitzenden, eine weit größere Anzahl von Ortsgruppenvorsitzenden, Bürgermeister, Kreis- und Gemeinderatsmitgliedern usw. Die „Säuberung“ traf auch unsere Landtagsfraktion schwer. Bis zum April mußten 8 Mitglieder der aus insgesamt 20 Parteifreunden bestehenden Fraktion ihre Mandate niederlegen, wurden aus der Partei ausgeschlossen oder flüchteten nach dem Westen.

Diese Ereignisse haben auch meine Einstellung zur politischen Arbeit in der Ostzone stark geprägt und verändert. Ich begriff endlich, daß die eigene Parteiführung zur völligen Machtlosigkeit verurteilt ist und unsere Parteiarbeit mithin fast nur noch der Ausbreitung des Kommunismus in ganz Deutschland dient. Wir sind Steigbügelhalter der SED. Der politisch-ideologische Unterschied zwischen der LDP und der SED hat sich im Laufe der letzten Monate bedeutend verringert. Unsere Minister und Spitzenfunktionäre ergehen sich fast ausnahmslos in Lobeshymnen auf die Entwicklung der politischen Verhältnisse in der DDR, obwohl diese eindeutig marxistisch sind. Die Masse der Bevölkerung ist indessen mit dieser Entwicklung keineswegs einverstanden. Niemals zuvor gab es in Deutschland eine größere Kluft zwischen der Bevölkerung und ihrer Regierung als heute hier bei uns. Die SED weiß natürlich sehr wohl, daß sie die Menschen in der DDR nicht zu überzeugten Stalinisten machen kann, trotz Terror und einem recht primitiven propagandistischen Feuerwerk Eislers

– trotz Kundgebungen, Versammlungswellen und Massendemonstrationen, mit denen man das kritische Bewußtsein der Menschen ersticken möchte. Damit bekommen sie allenfalls die jungen, noch leicht beeinflussbaren Menschen, denen sie denn auch in Schule und Beruf, bei Spiel und Sport unaufhörlich marxistisches Gedankengut einimpfen.

Montag, den 5. Juni 1950

Am Nachmittag kam Mühlmann in die Margarethenstraße. Mit bekümmertem Gesicht las er mir einen Brief von Koerbers vor, den dieser aus seinem Urlaubsort in Thüringen an Mühlmann geschrieben hat. Koerber fordert meine fristlose Entlassung. Er begründet seine Forderung mit meinem Auftreten am 22. Mai in Berlin, aber auch mit meinem Verhalten während der letzten Monate, das er wiederholt kritisiert habe.

M. macht mir den Vorschlag, selber zu kündigen, damit ich die Kündigungsfristen wahrnehmen und noch bis zum 31. Juli Gehalt beziehen könne. Allerdings müßte ich auch dann sofort meinen Schreibtisch räumen, da eine Fortsetzung meiner bisherigen Tätigkeit in der Landesleitung unter den gegebenen Umständen unmöglich sei. Es sei auch erforderlich, daß ich meine Funktionen als Mitglied des Hauptausschusses und des Jugendbeirates bei der Parteileitung sofort niederlege.

Nachdem Stempel, Flatau und Steffen bereits in den vergangenen Tagen von „parteischädigendem Verhalten“ gesprochen haben, kommt diese Entwicklung für mich nicht überraschend. Ich kann vielmehr von Glück sagen, wenn es beim Existenzverlust bleibt und man mir nicht auch noch ein Parteigerichtsverfahren anhängt. Davor aber wird mich M. wohl bewahren, wenn ich seine Vorschläge akzeptiere. Was sollte ich schon anderes tun?²⁰¹

Montag, den 19. Juni 1950

Wir haben heute, trotz meiner gegenwärtigen prekären Lage, das Aufgebot bestellt. Die Hochzeit ist am 5. Juli. Ein Gespräch mit Ossang am Freitag vergangener Woche gibt freilich neuen Optimismus. Nach Aussagen O.s werde ich ab 15. Juli bei der Landesversicherungsanstalt angestellt.²⁰²

Inzwischen hat man mich, auf Vorschlag des Kreisverbandes, als „Instrukteur“ in die „Rechenschaftsberichtskampagne“ des Rates der Landeshauptstadt eingespannt. Da ich mich aber für die Zeit vom 15. 6. bis 10. 7. bei Kreisverband und Nationaler Front zum Urlaub abgemeldet hatte, sind meine Vortragstermine erst am 11. und 14. Juli. Die „Kreis-Aufklärungs-Kommission der Nationalen Front des demokratischen Deutschland – Stadtkreis Potsdam“ hat mir ein Rundschreiben zugeschickt, um mich mit „Sinn und Zweck der Aufklärungskampagne des 17. und 18. Juni“ vertraut zu machen. Am 14. Juni, auf einer „außerordentlichen Sitzung“, erhielten wir Instrukteure der Wahlbezirke unsere Weisungen:

keine Ressortberichte, sondern nur Grundgedanken der Verwaltungsarbeit; zwei Stunden vor der Versammlung über örtliche Verhältnisse informieren; von der Bevölkerung vorgebrachte Klagen und Vorschläge sammeln und im Vorzimmer des Oberbürgermeisters abgeben. Insgesamt werden vom 19. Juni bis 28. Juli in Potsdam ca. 63 Versammlungen stattfinden, auf denen der Oberbürgermeister, der Bürgermeister, die Stadträte und Stadtverordneten in allen Wahlbezirken zur Bevölkerung sprechen sollen.

Dienstag, den 11. Juli 1950

Heute mein erster Auftritt als Redner in der Berichterstattungskampagne. Ich sprach vor der Belegschaft der Fa. Stichnote in deren Druckerei am Alten Markt.²⁰³ Mein Referat wieder die übliche Mischung von „fortschrittlichen“ Sentenzen und kaum verhüllten Anklagen gegen das Regime; letztere zur Tarnung auf die Zeit von 1933 bis 1945 „zurückdatiert“. Dann einige Fakten über die kommunale Arbeit in Potsdam: die Einführung einheitlicher Realsteuersätze in der DDR und ihre Wirkung auf Potsdam, Verkehrsprobleme, bürokratische Erscheinungen in der Verwaltung, die in Potsdam noch immer herrschende Wohnungsnot u. a. m.

Danach eine längere, lebhaftere Diskussion, die vor allem aus Klagen besteht. Klagen über die Qualität der in den Geschäften angebotenen weißen Bohnen, über das schlechte Kantinenessen, über die Höhe der Mieten bei Neubauten, über den Fragebogenfimmel der Behörden, den Mangel an Lehrkräften in den Potsdamer Schulen, über das stundenlange Warten auf einen Behördenstempel usw. Kritik wird an den sogenannten „Intelligenzbauten“ für hohe Parteifunktionäre, Wissenschaftler, Künstler etc. geübt und die Frage gestellt: „Wo bleiben die Wohnungen für die Arbeiter?“. Kritik auch an der Ausschmückung der Stadt anlässlich des Besuchs des Moissejew-Ensembles in Potsdam (wer finanziert das eigentlich?) und an den Scheinwerfern auf dem Brandenburger Platz (Betriebe müssen Strom sparen, warum nicht auch die Stadt?). Ich kann lediglich versprechen, mich um das alles zu kümmern. Doch weiß ich nur zu gut, wieweit hier mein Einfluß reicht bzw. nicht reicht. – Politische Fragen wurden nicht angeschnitten. Dabei haben alle diese Menschen gewiß mehr als genug auf dem Herzen. Aber wer will sich schon den Mund verbrennen? – Ich bin sehr gespannt, ob diese Kampagne genau so ein Reinfall wird wie die letzte. Damals erschienen trotz Plakatierungen, Handzetteln und Pressenotizen zu den Versammlungen nur ganze 3,5% der Einwohnerschaft.

Seit Sonntag, dem 25. Juni, wird in Asien gekämpft. Der Einmarsch kommunistischer Truppen in Südkorea ist für die ganze Welt ein Alarm-signal. Die kritiklose Begeisterung unserer Kommunisten für die Aggressoren bedeutet wohl mehr als nur die Solidarität Gleichgesinnter; sie läßt vermuten, daß dieses Regime gegebenenfalls nicht davor zurückschrecken

wird, in Westdeutschland mit militärischen Mitteln zu intervenieren. Das Bewußtsein, diesem Regime noch immer in irgendeiner Weise dienen zu müssen, macht mich krank.

Sonntagabend, den 22. Juli 1950

Vorgestern hat der Führungsausschuß der LDP mit 22 gegen 1 Stimme beschlossen, Prof. Kastner seines Amtes als Parteivorsitzender zu entheben und aus der LDP auszuschließen, weil seine „persönlichen Ansprüche jedes Maß an Verantwortlichkeit gegenüber der Allgemeinheit überschritten haben“, wie es in der Begründung heißt. Erstaunlich, daß die LDP-Führung diesen Schritt wagen konnte, zumal Kastner bisher als Protektionskind der SMA galt und schon lange auf großem Fuße leben soll.²⁰⁴ Anstelle Kastners wurde Dr. Loch an die Spitze der Partei berufen. Mit dem werden wir auch nicht viel besser fahren.

Auf der heutigen Sondersitzung des Stadtparlaments zum „Tag der deutsch-polnischen Freundschaft“ sprach Ingo von Koerber, trocken und wenig konzentriert wie immer.²⁰⁵ Wir gingen uns aus dem Weg.

Am 14. Juli sprach ich vor den Mitarbeitern der Kommunalen Wirtschaftsunternehmen im Nikolaisaal, das gleiche Referat wie am 11. d. M. Hier gab es etwas mehr Vorschläge als Klagen. Letztere betrafen u. a. die Gemüsepreise auf dem Wochenmarkt am Bassinplatz und besonders den Umstand, daß die Berliner (angeblich) den Potsdamern „alles wegkaufen“, vornehmlich Lebensmittel und Textilien.

Donnerstag, den 27. Juli 1950

Am Abend wurde die am 25. Mai geplatzte Vorstandswahl im Kreisverband nachgeholt. Neuer Kreisvorsitzender: Adolf Ossang. Er teilte mir am Rande der Tagung mit, der Ministerpräsident befasse sich angeblich persönlich mit meinem Fall. Offenbar hat jenen verdrossen, daß ich Meschkats Angebot nicht annahm, als Landessekretär mit einem Monatsgehalt von 800,- DM in das Landessekretariat der Nationalen Front einzutreten. Über eine eventuelle Tätigkeit in der Landesversicherungsanstalt ist bisher noch nicht entschieden. – Amüsant finde ich die Einladung zur heutigen Mitgliederversammlung. Darin wird für die Wiederholung der Vorstandswahlen folgende Begründung gegeben: die Wahl habe nicht stattfinden können, „weil nicht die nach dem § 9, Abs. 11 der Satzung erforderliche Zahl der Mitglieder anwesend war“.²⁰⁶

In dem neuesten Rundschreiben des Landesverbandes ist der Schlüssel veröffentlicht, auf den sich der Block hinsichtlich der LDP-Kandidaten verständigt hat.²⁰⁷ In diesem Zusammenhang weist von Koerber darauf hin, daß es zur Zeit im Lande Brandenburg 486 Ortsgruppen der Partei gibt, mithin die LDP in 1500 Gemeinden nicht vertreten sei und dort auch keine Gemeindevertreter nominieren könne. Er forderte die Parteifreunde

auf, sofort an die Gründung weiterer Ortsgruppen heranzugehen. Schwer vorstellbar, daß unter den gegebenen Verhältnissen dieser Aufruf nennenswerte Erfolge zeitigt.

Inzwischen schreitet die „Entpreußung“ Potsdams rasch voran. Mit Schreiben vom 18. Juli hat das Amt für Volksbildung dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung den Beschluß des Rates der Stadt vom Vortage mitgeteilt, wonach 46 Straßen in Potsdam umbenannt werden sollen. Die Straße, in der ich geboren wurde, hat seitdem ihren dritten Namen innerhalb von 30 Jahren erhalten: Luisenstraße – Zeppelinstraße – Leninallee. Der Landesverband ist nun nicht mehr in der Margarethen-, sondern in der Carl-von-Ossietzky-Straße zu finden. Mutter wohnt ab sofort nicht mehr in der Charlotten-, sondern in der Wilhelm-Pieck-Straße. Ferner wurden u. a. Clara Zetkin, Mitschurin und Werner Seelenbinder auf diese Weise verewigt. Das Parlament hat dieser Vorlage zugestimmt und das Informationsamt beauftragt, „in kürzester Frist einen kleinen Führer durch die Stadt Potsdam herauszugeben“. Das dürfte wohl auch dringend notwendig sein.

Donnerstag, den 24. August 1950

Nach westlichen Presse- und Rundfunkmeldungen ist LDP-Generalsekretär Stempel am 8. August in der Parteileitung zusammen mit seiner Sekretärin Maibaum wegen angeblicher Agententätigkeit verhaftet worden. Eine Ironie des Schicksals. Der Mann, der mich zu Fall brachte, ist nun selbst zu Boden gegangen.

Sie lassen mir noch immer keine Ruhe. Am 17. erreichte mich der ablehnende Bescheid der Versicherungsanstalt, am 19. berichtete mir Mühlmann, daß man mich in die Nationale Front zwingen wolle. Der Kreisvorstand benannte mich für die Schulungs- und Aufklärungskampagne der Nationalen Front – ich lehnte ab. Dann schlug man mich für eine Kommission vor, die für die Umbenennung der Potsdamer Straßen zuständig ist – ich sagte nein.

Am Tage der Verhaftung Stempels hatte ich mich auf eine Annonce hin um eine Reisetätigkeit für den Verlag der „Tagespost“ beworben. Der Verlag antwortete postwendend und bat um eine Aussprache. Dazu ist es bisher nicht gekommen. Denn Mühlmann versprach, mich im Städtischen Krankenhaus unterzubringen. Das würde ich einer Reisetätigkeit allerdings vorziehen. Übrigens: die feierlichen Umbenennungen „meiner“ Straßen durch den Oberbürgermeister Paul haben am 22. August ohne mein Beisein stattgefunden.

Freitag, den 8. September 1950

Die Vorbereitungen für die Oktober-„Wahlen“ sind im Gange, der Scheinwahlkampf läuft bereits auf vollen Touren. Am 3. September ver-

kündete unsere DDR-Presse neue HO-Preise, die am darauffolgenden Tag in Kraft traten und wohl der Speck sein sollen, mit dem man am 15. Oktober die Mäuse fangen will. 1000 g Roggenbrot kosten im HO nun 0,70 statt 1,60 DM (Ost) 100 g Bockwurst 1,88 statt 2,35 DM und ein Paar Herrenlederschuhe 94,- statt 105,- DM. Insgesamt wurden bei Nahrungsmitteln 22 verschiedene Waren billiger, ferner vier Gaststättengerichte und 31 Gebrauchsgüter. Ein Pfund Butter kostet nun in der HO nur noch 12,- DM, und Autoreifen für LKWs kann man jetzt bereits das Stück für 4210 DM erstehen. Fabelhaft!

Inzwischen hat mich die Partei – ohne zuvor zu fragen – als Kandidaten für das Stadtparlament vorgeschlagen, das am 15. Oktober ebenfalls „neugewählt“ wird.²⁰⁸ Als „Kandidat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ mußte ich mich gestern und heute im Wahlbezirk 3 bzw. 17 in – übrigens schlecht besuchten – öffentlichen Wählerversammlungen vorstellen.²⁰⁹ Mein etwa zwanzigminütiges Referat kam nicht gut an. Warnungen vor einem „Korea auf deutschem Boden“, pazifistische Äußerungen zur Frage bewaffneter Konflikte, kompromißloses Bekenntnis zum Frieden und zur Verständigung, hohe moralische Ansprüche an die Politiker in der DDR, ein ziemlich gewagter Hinweis auf die „Wahlen“ unter Hitler mit ihren 99,8% Ja-Stimmen oder der etwas provozierende Vergleich unserer Blockpolitik mit der, in die sich 1907 die bürgerlichen Parteien mit den Konservativen gegen das Zentrum und die Sozialdemokraten einließen – das alles verdroß die anwesenden Genossen und veranlaßte heute abend einen SED-Funktionär zu der Feststellung, meine Rede sei unklar und „schwunglos“. Die Auskünfte des Kandidaten seien unbefriedigend, weil er wenig Konstruktives, Positives zu den Volkswahlen zu sagen gehabt hätte. Zu einer Ablehnung meiner Kandidatur konnte man sich jedoch weder gestern noch heute entschließen – offenbar, weil von „höherer Stelle“ eine Weisung vorliegt, mit mir noch nachsichtig umzugehen.²¹⁰

Ende August erhielt ich überraschend Post aus Westberlin. Ein anonym Absender schickte mir ein blaues Heftchen. Auf dem papiernen Einband steht: „1848 – Kleine Schriften zur Deutschen Geschichte“. Schlägt man das Heftchen auf, liest man auf der 3. Seite: George Orwell „1984“ – ein utopischer Roman. Ich bin für diese Sendung sehr dankbar. Sie bekräftigt und bestätigt meinen Widerwillen gegen dieses Regime.

Mittwoch, den 13. September 1950

Heute wegen starker Erkältung daheim. Nach dem Essen läutete es an der Wohnungstür. Draußen stand ein junger Volkspolizist. Er bat eintreten zu dürfen, um mir einige Fragen zu stellen. Auf Befragen erklärte der Mann etwas verlegen, von gewisser Seite seien ungünstige Angaben über mich gemacht worden. Auch habe er gehört, daß ich aus der Landesleitung aus-

geschieden sei. Aus welchem Grunde? War es ein persönlicher oder ein politischer? Weitere Fragen betrafen meine gegenwärtige Tätigkeit und meine beruflichen Pläne. Ich gab ausweichende Antworten, wies lediglich auf persönliche Differenzen mit von Koerber und dessen Sekretärin hin und gab mich, meine zukünftigen Tätigkeiten betreffend, optimistisch, da ich noch ein paar Eisen im Feuer habe.²¹¹ Nach etwa einer Viertelstunde ging der Polizist, von meinen Auskünften offensichtlich nicht völlig befriedigt. Am Abend besuchte Inge einen Kollegen aus der Landesleitung, um zu erfahren, welche Bewandnis dieser mittägliche Besuch wohl haben könnte. Sie erfuhr, daß dieser Tage auch in der Margarethenstraße ein Vopo erschienen sei und mit einigen Kollegen ausführliche Gespräche über die Gründe meines Ausscheidens geführt habe. Als einer von ihnen danach seine Absicht äußerte, mich über diesen Besuch zu informieren, habe FrI. T. erklärt: „Wenn Sie Herrn Schollwer davon etwas sagen und er flüchtet, dann werden Sie zur Verantwortung gezogen.“ So unterblieb die Vorwarnung.

Gestern mein erster Auftritt als „Berichterstatter“ vor der Stadtverordnetenversammlung. Thema: „Bestellung von Erbbaurechten in der Stadtrandsiedlung Potsdam, Drewitzer Straße“. Es ging um die Förderung von Kleinsiedlungen in der Umgebung von Städten und größeren Industriegegenden. Das Parlament beschloß einen neuen Geschäftsverteilungsplan für den Rat der Landeshauptstadt Potsdam sowie eine Dienstanweisung für Bezirksvorsteher, die zu enger Zusammenarbeit mit dem Bezirksausschuß der Nationalen Front verpflichtet sind und mit diesem gemeinsam die ehrenamtlichen Straßen- und Hausobleute bestellen.

Die frühere Freimaurerloge „Teutonia“ in der Kurfürstenstraße (jetzt Straße der Jugend), nach 1945 zunächst Krankenhaus, dann von den Sowjets als Kommandantur gebraucht, wurde von der Besatzungsmacht an die Stadt zurückgegeben. Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft will in diesem Gebäude ein Kulturhaus errichten. Ein weiterer Schritt auf dem Wege zum „roten Potsdam“, dessen soziale Einrichtungen allerdings noch immer im argen liegen. Am 11.d.M. habe ich darum als Vorsitzender des Gesundheitsausschusses in einem Schreiben an den Minister für Arbeit und Gesundheitswesen, Karl Grobbel, noch einmal ausführlich auf den „augenblicklich herrschenden, außerordentlichen Notstand in der ärztlichen Versorgung unserer Stadtbevölkerung“ hingewiesen. Akuter Anlaß: das Ministerium hat die vom Gesundheitsamt beantragten und dringend benötigten Investmittel von 2 Millionen DM auf 450 000 DM festgelegt und eine nochmalige Kürzung um 15% in Aussicht gestellt. Diese Mittel werden für den Aufbau des teilzerstörten Städtischen Krankenhauses dringend benötigt. Die Zustände dort sind katastrophal. Wegen der knappen Bettenzahl konnten kürzlich bei 19 Fehlgeburten nur 3 stationär aufgenommen werden. Die derzeitige Frauenklinik verfügt nicht einmal über eigene Operationsräume, die Bestrahlungsabtei-

lung ist völlig überlastet, da es sich um die einzige im Lande Brandenburg handelt. Ähnlich sieht es in den anderen Abteilungen aus. Wenn man bedenkt, welche Unsummen hierzulande für politische Propaganda ausgegeben werden, während für die ärztliche Versorgung der „Werk tätigen“ angeblich kein Geld vorhanden ist, kann einem der Kragen platzen.

Mittwoch, den 5. Oktober 1950

Die 3. Versammlungswelle für die Wahlen am 15. Oktober beginnt in diesen Tagen. Wilhelm Pieck hat in einem Offenen Brief an die Wähler von „Kriegsberatungen in Straßburg, Paris, London und New York“ schwadroniert und ein wahres Schreckensbild angeblicher Absichten der Westmächte für Deutschland gezeichnet („Die Sprengkammern an westdeutschen Flüssen, Bergen und Verkehrsknotenpunkten ... sollen weite Gebiete unserer Heimat unter Wasser setzen, Städte und Dörfer ersaufen lassen, Äcker, Gärten und Fluren auf Jahre und Jahrzehnte hinaus in unfruchtbare Einöden verwandeln“). Er hat uns darum aufgerufen, dazu beizutragen, „daß die einmütige Wahl der gemeinsamen Kandidatenlisten der Nationalen Front zu einem machtvollen Friedensbekenntnis und zu einer entscheidenden Absage an alle amerikanischen Kriegs- und Vernichtungspläne wird“.²¹²

Für die „dritte Welle“ hat mir der Kreisausschuß der Nationalen Front vier Versammlungen zugeordnet. Ich habe nicht die Absicht, dieses Angebot zu akzeptieren.²¹³

Freitag, den 13. Oktober 1950

Eine Nachricht aus Berlin macht die Entscheidung leichter. Eine Bekannte ließ uns wissen, daß die FDP in Westberlin mit unserem Kommen rechne und uns rate, den Schritt bald zu tun. Noch in diesem Monat wollen wir die DDR verlassen.

Wir werden es trotz der Tatsache tun, daß ich durch Mühlmanns Vermittlung endlich eine unpolitische Tätigkeit gefunden habe. Mit dem 20. Oktober werde ich im Städtischen Krankenhaus als Hilfspfleger angestellt.

Gestern, vermutlich zum letzten Male, als Stadtverordneter auf meinem Platz im Stadthaus Dortustraße. Es war nur eine kurze Sitzung: 4 Tagesordnungspunkte. Neben den üblichen Regularien (Feststellen der Anwesenheit, geschäftliche Mitteilungen) die Entlastung der Jahresrechnung 1948 und der Abschlußbericht des Stadtverordneten-Vorsitzenden Spiegel über die erste Wahlperiode 1946–1950. Beides ziemlich trockene Themen, die Zeit ließen, über anderes, Wichtigeres nachzudenken.

Montag, den 23. Oktober 1950

Heute morgen Dienstbeginn im Städtischen Krankenhaus als Hilfskrankenpfleger auf der Männerstation 4a. Dienstzeit 7–12 Uhr und 15–18 Uhr. Stechbecken und Urinflaschen sind nun mein Handwerkszeug, Katheterwechsel, Bettenmachen und Begleitung von Krankentransporten meine Tätigkeit.

Inzwischen haben wir mit unseren „Reisevorbereitungen“ begonnen: Bücher wurden an Antiquariate für ein paar hundert Mark verkauft, das Klavier und die alten Schallplatten aus den zwanziger und dreißiger Jahren zu – wenig – Geld gemacht. Ansonsten tun wir so, als ginge alles seinen gewohnten Gang. Am Morgen des 15. marschierten wir brav ins Wahllokal und gaben – wie alle anderen auch – offen unsere Stimme für die Einheitsliste ab.²¹⁴ Sonnabend feierten wir mit den Freunden von der LDP im „Havelgarten“ anlässlich des Abschiedsabends der alten Stadtratsfraktion. Und am heutigen Nachmittag nahm ich noch einmal, zum letzten Male, an einer Fraktionssitzung teil. Noch fünf Tage, dann ist es hoffentlich überstanden!

Sonnabend, den 28. Oktober 1950

Es ging alles ganz glatt. Die Fahrt nach Westberlin unterschied sich äußerlich kaum von jenen vielen Ausflügen in den Westteil der alten Reichshauptstadt, die in den letzten Jahren zu unserem regelmäßigen Programm gehörten. Nur reisten wir diesmal getrennt: Inge am frühen Morgen voraus, ich eine Stunde später – beide nur mit etwas Handgepäck versehen.²¹⁵ Einiges hatten wir in den Wochen zuvor bereits zu den Schwiegereltern in Schöneberg geschafft.

Jetzt sitzen wir in dem großen Zimmer einer Pension in der Schwäbischen Straße. Erleichtert und bedrückt zugleich. Vor uns eine ungewisse Zukunft: 300 000 Arbeitslose in Westberlin. Der Empfang bei der FDP war recht ernüchternd. Ein nicht ganz seriöser Parteifreund aus Potsdam, zu Beginn dieses Jahres nach Westberlin geflüchtet und in der Schlüterstraße jetzt als eine Art Faktotum tätig, fertigte uns ab. Nach längerem Warten drückte er uns ein „Gutachten“ in die Hand, das wir im Notaufnahmeverfahren vorzeigen sollen, damit man uns als politische Flüchtlinge anerkennt. Im übrigen müssen wir sehen, wo wir bleiben und wie wir zurechtkommen. Die Pension werden wir jedenfalls bald wieder verlassen: sie ist zu teuer.